

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Aufgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppelgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383. Kassierer: L. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 23. April 1932

36. Jahrgang

Nummer 17

Zur beruflichen Lage

Soweit das Wirtschaftliche, also die Unsicherheit der Existenz, gestützt auf die Arbeitskraft, in Frage kommt, sind unsere Kollegen durch eigene Erfahrungen hinreichend informiert, sie wissen ferner, daß der Nazirummel auch einem Teil der Unternehmer in der Steinindustrie sowohl wie im Straßenbau, ansehend den Verstand in einfachsten Absichten getrübt hat. Mit einer unverfrorenen Tölpelhaftigkeit sondergleichen schwärmen diese in Frage kommenden Unternehmer für das Dritte Reich, und wer von den Arbeitern nicht mitmacht, fliegt aus dem Arbeitsverhältnis oder wird bei Neueinstellungen einfach unbeachtet, auch dann nicht, wenn er vordem zum Stamme des Betriebes gezählt hat. Rücksichtslos wird die Hoffnung solcher Arbeitsloser, nun endlich wieder ihre Arbeitskraft im Beruf verwerten zu können, zertreten. So ein Unternehmer macht sich darüber keine Gewissensbisse, er hat die Auffassung, daß die Behörden ihm Arbeitsaufträge zuweisen müssen, damit er, nur er existieren kann. Die Arbeiter, denen er seine Laune und seine Wut je nach ihrer Lohnhöhe spüren läßt, sind ihm einfach ein notwendiges Uebel bei dem Geldverdienen durch Arbeiter. Unternehmer, die in der gegenwärtigen Notzeit solche Charaktereigenschaften zeigen, verdienen durchaus nicht die Bezeichnung „Unternehmer“; denn sie gleichen tatsächlich den Schmeißfliegen, die sich am Blut anderer Tiere vollsaugen. Von resoluten Menschen werden solche Schmarotzer mit einem kräftigen Schläge sofort vernichtet.

Es ist wirklich erschütternd, die Briefe und Berichte zu lesen, die uns täglich aus Kollegentreuen zugehen, worin solche Vorkommnisse geschildert werden. Unsere Kollegen dürfen bei solchen „Unternehmern“ nicht mühen, dürfen den „Steinarbeiter“ nicht mehr lesen, dürfen nicht mehr im Verbands sein; sie sind einfach Arbeitsklauen, die keine eigene Meinung haben sollen. Unbekümmert um bestehende Tarife und Lohnsätze wird Afford und Lohn einfach diktiert. Die Arbeiter sind ja genügend jermüht, sind arbeitsfremd geworden durch lange Arbeitslosigkeit, so denken diese sogenannten Unternehmer und glauben nun bestimmt, die Arbeiter fressen aus der Hand, das heißt, sie nehmen alles so willig hin, wie das im Dritten Reich noch bekannter italienischer Muster üblich werden soll. Einzelne Arbeiter tun es, gewiß, sie fügen und duden sich bedenkenlos, ohne zu erröten; aber die mehreren fügen sich nur aus Not einem solchen Zwange der wirtschaftlichen Unternehmerrmacht; tun es allerdings zähneknirschend, aber mit dem stillen Gelohnis: Aufgehoben ist nicht aufgehoben!

Wohl gibt's Unternehmer, die solche geschilderten Maßnahmen ablehnen, weil sie schon aus betriebswirtschaftlichen Gründen keine Heloten als Arbeiter wünschen. Ein gegenseitiger Ausgleich, um über die gegenwärtige schreckliche Berufsfrage, die auch die Unternehmer sehr drückt, hinwegzukommen, ist ihnen, rein menschlich betrachtet, jedenfalls viel wertvoller im Hinblick auf die Betriebsgemeinschaft, als das Nazigeräusch für juridisch-schraubierte Kultur, wie das von anderen, die über ihren Horizont nicht hinausblicken können, beliebt wird. Und schauen wir uns nur in diesen Betrieben die vom Nazigeist angegriffen sind, näher um, da fehlte es schon immer — nicht erst jetzt — an den einfachsten Betriebs-Anforderungen. Vor allem fehlt's an Geld für den fälligen Lohn, fehlt's an Beachtung der Unfallvorschriften, fehlt's an ordentlichen und genügendem Werkzeug, fehlt die sachgemäße Betriebsaufmachung überall, und durch Groß- und Kleinräuberei gegen die Arbeiter werden solche Lücken vergrößert. Die Namen dieser Betriebsinhaber stehen uns natürlich zur Verfügung; zu geeigneter Zeit werden sie der Öffentlichkeit übergeben, dessen können sie versichert sein, denn gekannt wird ihnen nichts, aber auch gar nichts. Hier geht es Auge um Auge, Zahn um Zahn. Nur noch ein Weilschen Geduld, denn die jetzige berufliche Lage ist kein Dauerzustand, und das erste Dritte Reich, wo Gewalt vor Recht geht, wo der Arbeiter wieder der rechtlose Knecht sein soll wie früher, das kommt nicht! Es gibt wohl kaum eine größere Unternehmerracheit, als einem Arbeiter, der 10, 20 und mehr Jahre seiner Gewerkschaft angehört, durch irgendeinen Drud zu veranlassen, seine Gewinnung und seine erworbenen Rechte sang- und klanglos aufzugeben.

Hat da in Süddeutschland ein Steinbruchbesitzer in seinem Betrieb an jedem sichtbaren Platz Naziplakate angebracht. Eines Morgens aber war das große Maul des auf dem Plakat gezeigten Nazis mit einem Handzettel der sozialistischen Arbeiterkraft zugeklebt. Der Unternehmer lief dieherhalb im Betriebe herum, als wäre er vom Weitzanz befallen. Natürlich hat er am Lohntage nie Geld für die Arbeiter, dafür aber — Gutscheine für Waren aus einem benachbarten Ort, die sogar um 10 Prozent teurer sind wie am gleichen Ort, die händigt dieser Naziheld gegen Gesetz und Sitte den Arbeitern aus. Dieses Handwerk wurde dem Manne natürlich durch unsern Verband gelegt. Aber das Ganze ist typisch für die heutige Situation, ist nur ein Fall von vielen anderen.

Solche Zustände kommen aber allgemein, wenn es gelingt, in Preußen vor allen Dingen und in den anderen Ländern, in denen am 24. April gewählt wird, den Einfluß der sozialistisch und gewerkschaftlich geschulten Arbeiterkraft zurückzudrängen. Unsere Gegner wissen schon, warum sie deshalb die kolossalen Kraftanstrengungen machen.

Die Uneinigkeit der Arbeiterkraft, die langandauernde Arbeitslosigkeit, die demagogischerweise dem „jetzigen System“ in die Schuhe geschoben wird, haben unsere Gegner als wichtigen Faktor in ihre Rechnung gestellt, um eine für sie günstige Bilanz bei den Wahlen zu erzielen.

Für Steinarbeiter, Steinseher und Berufsgenossen heißt es, sich nicht verbüßen und nicht entmutigen zu lassen, sondern am 24. April die Sozialdemokratische Liste, die auch unsere gewerkschaftliche ist, zu wählen. So, wie bei der Reichspräsidentenwahl, gilt es auch hier zu zeigen, daß die Arbeiterkraft immer noch ein kräftiges Wort mitzusprechen hat.

Arbeitsbeschaffung — Gewerkschaftskongress

Der Schrei nach Arbeit durchhallt immer dringender die deutschen Lande; Pläne zur Arbeitsbeschaffung tauchen auf, werden verworfen, werden verteidigt; sie scheitern aber von vornherein fast alle an der Finanzkrise und an der Furcht — vor neuer Inflation. Reich, Länder und Gemeinden können wie man so im Volksmund spricht, „hinten nicht mehr hoch“. In der schlimmsten Finanzklemme befinden sich seit Jahren die Gemeinden. Ueber 6 Millionen Arbeitslose erwarten aber dennoch Hilfe, leiden ungeheure körperliche und seelische Not.

In dieser zugespitzten wirtschaftlichen Situation, beherrscht von scharfen politischen Kämpfen, die das Volk aufwühlen, durcheinander, zueinander und auseinander treiben, nun einen außerordentlichen Kongress der freien Gewerkschaften mit dem einzigen Beratungsgegenstand „Arbeitsbeschaffung“ einuberufen, ist an und für sich eine gewerkschaftliche Tat, die trotz aller häßlichen, aber nicht und sogenannten revolutionären Bemerkungen von rechts und äußerst links dennoch eine Tat bleibt. Jeder ernst zu nehmende aber sachlich bleibende Gegner der Gewerkschaften beugt sich dessen und anerkennt die ernste Sorge der Gewerkschaften für das arbeitende Volk, anerkennt die große Berechtigung der wachsenden Stimme der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterkraft und ihrer Führung, nun endlich und schnellstens Mittel und Wege ausfindig zu machen, um der ungeheuren Not der Millionen zu steuern.

Der zu diesem Zweck vorgesehene außerordentliche Gewerkschaftskongress, ursprünglich für den 23. März vorgesehen, fand im Hinblick auf den verordneten Burgfrieden während der Osterwoche aus ganz naheliegenden Gründen nunmehr am 13. April im großen Sitzungssaal des Reichstages statt. Ernst und sachlich, ohne jede Phrase, ohne etwa die Wirklichkeit zu übersehen, ist der Kongress seiner Aufgabe gerecht geworden. Seine Reden und Beschlüsse müssen und werden Beachtung finden an jenen Stellen, die es vor allem angeht, der Arbeitsnot entgegenzuwirken. Im nachstehenden geben wir einen kurzen Bericht von den Beratungen:

Der große Sitzungssaal des Reichstages ist bis auf den letzten Platz gefüllt, ebenso die Tribünen. An den Regierungstischen steht man den Arbeitsminister A. Stegerwald, den Wirtschaftsminister Warmbold, den preussischen Finanzminister Dr. Klepper, Otto Braun und Seevering, auch den Reichspräsidenten Paul Löbe, sieht bekannte Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Bemerkenswert ist der spontane Beifall von den Tribünen, mit denen Braun und Seevering bei ihrem Eintritt begrüßt werden.

In seiner wirksamen, oft von Beifall unterbrochenen Eröffnungsrede teilte Kollege Leipart mit, daß der Reichskanzler, der sein Erscheinen bestimmt zugesagt hatte, zu seinem großen Bedauern verhindert ist. Der Reichsarbeitsminister ist mit seiner Vertretung beauftragt. Auch der Reichspräsident hat mit Rücksicht auf den Arbeitskongress auf eine Begrüßung verzichtet. Die Mitteilung über das Nichterscheinen des Reichskanzlers löste Unwilligkeit aus. Aber die spät abends am gleichen Tage bekanntgewordenen politischen Handlungen und damit verbundenen Kabinettsitzungen geben gewiß genügende Erklärung für das Nichterscheinen.

Leipart führte dann weiter aus: Die Deffentlichkeit ist allmählich abgestumpft gegenüber der ungeheuerlichen Tatsache, daß über 6 Millionen Deutsche arbeitslos sind, während unter den unmittelbaren und mittelbaren Folgen dieser wirtschaftlichen und sozialen Katastrophe eine noch unendlich viel größere Zahl von Menschen zu leiden hat. Auch die verantwortlichen Stellen verhalten sich gegenüber dieser unter inner- und außenpolitischen Gesichtspunkten drängendsten Frage der deutschen Politik allzu passiv. Um so nachdrücklicher müssen die Gewerkschaften den Ruf nach Arbeit für die Arbeitslosen erheben. Sie tun es nicht zum ersten Male. Seit Januar 1930 haben sie keine Gelegenheit vorübergehen lassen, auf die Notwendigkeit planmäßiger öffentlicher Arbeitsbeschaffung hinzuweisen, eine vernünftige Konjunkturpolitik der Auftragsbehörden zu fordern, auf ein Zusammenwirken aller verantwortlichen Stellen zu drängen, um die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung zu ermöglichen.

Der Bundesausschuß des DGB hat auf seiner Tagung im Februar 1932 zu den verschiedenen Finanzierungsplänen der Arbeitsbeschaffung Stellung genommen. Der Gedanke, der ihn bei seinen Erwägungen über die verschiedenen Möglichkeiten der Finanzierung leitete, war, daß unter allen Umständen die Währung nicht gefährdet werden dürfe. Ohne sich auf einen einzelnen Plan festzulegen, kam er zu dem Schluß, daß der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung keine unüberwindbaren Hindernisse entgegenstehen, wenn Reich, Länder und Gemeinden, Reichsbahn, Reichspost, Reichsbank und die übrigen verantwortlichen Körperschaften an der großen Aufgabe zusammenwirken. Von der planmäßigen Arbeitsbeschaffung die Existenz von Volk und Staat ab. Nur die tatkräftige Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kann den inneren Frieden im Reiche sichern und das Vertrauen auf die Zukunft Deutschlands im Inland und im Ausland wieder herstellen.

Die Deflationpolitik der Reichsregierung war gegen die eigenen Volksgenossen, insbesondere gegen die großen Schichten der Arbeiter und Angestellten von einer bis an die äußerste Grenze des Erträglichen gehenden Rücksichtslosigkeit. Bei allem Verständnis für die außenpolitischen Argumente der Reichsregierung haben die Gewerkschaften diese Politik entschieden bekämpft. Der rigorose Abbau der sozialen Leistungen und der Abbau der Löhne führen unweigerlich zu einer Verelendung der breiten Volksmassen, sie zerstören nicht nur die Kaufkraft und damit eine der Voraussetzungen der Belebung der Wirtschaft, sie untergraben die Grundlagen der staatlichen Ordnung; sie steigern die innenpolitischen Spannungen. Diese Wirkungen treten um so unvermeidlicher ein, wenn nichts geschieht, um durch Mittel, die keine besonderen Aufwendungen, sondern nur Entschlußkraft erfordern, die Not zu lindern. Nichts ist trotz der wiederholten dringenden Mahnungen der Gewerkschaften geschehen, um durch systematische, gesetzliche

Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeitslosigkeit zu verringern. Arbeitsbeschaffung und Verteilung der Arbeitsgelegenheit sind untrennbar verbunden.

Es ist ein Skandal, daß noch immer regulär über 48 Stunden gearbeitet wird, daß noch immer Leute, die Pensionen beziehen, anderen Arbeitsplätze wegnehmen, daß kein ernsthafter Versuch unternommen worden ist, die Frage des Doppelverdienstes zu lösen.

Viele Zehntausende würden Arbeitsmöglichkeiten finden, wenn dieser Skandal aufhört, weitere Zehntausende würden wieder in den Produktionsprozeß eingeschaltet werden können, wenn endlich die allgemeine gesetzliche Vierzigstundenwoche eingeführt würde. Der Reichsarbeitsminister hat im September eine Notverordnung über die Verkürzung der Arbeitszeit in Aussicht gestellt. Sie ist bis heute noch nicht erlassen worden.

Der Ruf nach Kostensenkung hat dafür um so mehr Gehör gefunden. Dauern wurden mit staatlicher Hilfe die Löhne gesenkt mit der Begründung, daß dann alles besser werden würde. Tatsächlich ist nichts besser geworden. Industrie, Handel und Gewerbe sind immer größere Not hineingeraten. Der Umfang der Arbeitslosigkeit und das Elend der Arbeitslosen ist mit jedem Angriff auf die Löhne gewachsen. Die zwangsweise Senkung der Preise hat nicht Schritt gehalten mit der Senkung der Löhne. Das wissen auch die Arbeitgeber. Trotzdem haben sie zum 30. April fast alle Tarifverträge gekündigt, um weitere Lohnkürzungen durchsetzen zu können. Neue Schiedssprüche liegen vor, die den Arbeitern nochmals einen Lohnabzug von 10 Prozent aufzwingen.

Der Kongress erhebt entschieden Protest gegen diese widerwärtige Politik, die zur völligen Vernichtung der deutschen Wirtschaft führen muß. Von Notverordnung zu Notverordnung ist die Zahl der Arbeitslosen gewachsen. Das darf nicht so weitergehen.

Es ist fast ein Wunder, daß das deutsche Volk nach allem, was ihm zugemutet wurde, diesen Winter überstanden hat. Die Disziplin und moralische Kraft der Arbeiterkraft verdient die höchste Achtung und Bewunderung. Aber Entzagen und Opfer müssen endlich eine Grenze haben.

Noch hofft die Masse der organisierten Arbeiter darauf, daß es den Gewerkschaften mit Hilfe des Staates, mit Hilfe der Reichsregierung gelingt, dem Massenelend zu steuern, die Krise durch Arbeitsbeschaffung zu lindern, eine Belebung der Wirtschaft anzubahnen. Soll dieses Vertrauen auch noch zerstört werden? Das darf nicht sein, nicht um der Gewerkschaften, sondern um des Staates und des Volkes willen.

Das Büro ist daselbe wie auf dem Frankfurter Kongress. Dann behandelte Wilhelm Eggert in vorzüglichen Darlegungen „Die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung“, leider können wir daraus nur einen kurzen Auszug wiedergeben:

Die Forderung nach Arbeitsbeschaffung, die dieser Notkongress an Staat und Gesellschaft stellt, gipfelt in der Erkenntnis, daß von der weltwirtschaftlichen Seite her in absehbarer Zeit eine Wendung zum Besseren nicht zu erwarten ist, und daß der jetzige Zustand von fast sieben Millionen Erwerbslosen in Deutschland nicht länger ertragen werden kann, weder volkswirtschaftlich noch staatspolitisch.

Die weltwirtschaftliche Lage ist durch drei große, markante Züge gekennzeichnet:

Durch die Industriekrise, durch ihr Zusammenfallen mit der Agrarkrise und durch eine Vertrauens- oder Kreditkrise mit ihrer vernichtenden Wirkung auf die anderen Krisenherde.

Durch das Zusammenfallen der Industriekrise mit der Agrarkrise fehlt in der Weltwirtschaft ein gesundes Teilgebiet, von dem aus das Krisengebiet gestützt und wieder „angefurbelt“ werden könnte. Die Weltwirtschaft in allen Zweigen ist also diesmal in ihrer Gesamtheit getroffen. Das kapitalistische Wirtschaftssystem verlagert. Diese geschichtliche Tatsache ist für unsere Forderung nach Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand von entscheidender Bedeutung.

Die langen unfruchtbaren Verhandlungen der Weltmächte in der Abrüstungsfrage, das ungelöste Reparationsproblem, die Ereignisse im fernem Osten, das noch unvollkommene Wirken des Völkerbundes und die Kämpfe um Diktatur oder Demokratie innerhalb der Nationen Europas — das alles hat zu weltpolitischen Spannungen und zu gegenseitigem Mißtrauen der Völker geführt.

In welchem Umfange sich die Vertrauens- oder Kreditkrise ausgewirkt hat, zeigt der Umstand, daß die Vereinigten Staaten ihre Auslandsemission von 4 Milliarden im Zeitraum 1927—1929 auf 1/4 Milliarde Dollar im Jahre 1931 vermindert haben. Frankreich, das seine Kredite auch von England in großem Umfange zurückzog, schuf dadurch weitere weltwirtschaftliche Gefahren. Denn nun nahm England, das im Weltmarkt führend vorankam, im September vorigen Jahres jene erstaunliche Operation der Loslösung von der Goldwährung vor. Dem Beispiel Englands folgten schnell aufeinander 21 andere Staaten.

Beunruhigt durch diese Entwicklung, in Angst um die Gestaltung ihrer Handelsbilanz, haben die Staaten, besonders in Europa, sich vom Auslande handelspolitisch noch stärker abgeriegelt, Schutzmaßnahmen getroffen, die nur das Gegenteil dessen erreichten, was sie bezweckten.

Im Verlauf der durch die politischen Spannungen verschärften Wirtschaftskrise ist die industrielle Weltproduktion von 48 Ländern, die 7/8 des Welthandels beherrschen, um ein volles Drittel im Jahre 1931 herabgesunken. Am schwersten hat Deutschland gelitten. Der Index seiner industriellen Produktion sank von 108 im Jahre 1929 auf 56,1 in der Gegenwart. Sein Anteil an der

Industriellen Weltproduktion sank von 12 Prozent im Jahre 1928 auf 9 Prozent im Jahre 1931.

Ein allgemeiner Deflationsprozess der Weltwirtschaft, ein Arbeitslosenheer von 25 Millionen Menschen, der Zusammenbruch von Gütererzeugung und Güterverbrauch, Steuerausfälle und Haushaltsdefizite in fast allen Staaten — das ist die Bilanz des Niedergangs der kapitalistischen Wirtschaft.

Soll diese Lame des Leidens und des Elends, der Zerstörung aller Werte, hemmungslos weiterrollen? Kommt die Arbeiterklasse dadurch etwas schneller zu dem ersehnten Ziel einer planvoll geregelten sozialistischen Wirtschaft?

Wer das glaubt, und wir haben in Deutschland eine Partei solcher Gläubiger, der kann für die Vinderung der Not der Arbeitslosen nichts Entscheidendes tun, der darf sich für Arbeitsbeschaffung überhaupt nicht einsetzen. Für diese Wundergläubigen ist die Hoffnung auf Sieg am größten, wenn das Elend und die Not der Arbeiterklasse am schwersten sind.

Auch die Führer der kapitalistischen Wirtschaft wissen weder aus noch ein. Sie machen es sich in Deutschland besonders leicht. Sie versuchen die Verantwortung von sich abzuwälzen, indem sie unausgesprochen erklären, Schuld an der Krise in Deutschland sei die deutsche Lohn- und Sozialpolitik. Sie fordern die Freiheit der Wirtschaft, d. h. der Staat soll sich nicht um die Wirtschaft kümmern. Aber das selbe Unternehmertum, das so spricht, nimmt dauernd und ausgiebig in allen möglichen Formen die Hilfe des Staates in Anspruch.

Zwischen den beiden Standpunkten der Revolutionsromantiker und des Unternehmertums muß sich die Arbeiterklasse durchkämpfen und dabei den Umbau der kapitalistischen Wirtschaft in eine planmäßige Bedarfsdeckungswirtschaft erzwingen.

Der Staat hat gerade in der gegenwärtigen Situation, angesichts des Verfalls der Privatwirtschaft, die Aufgabe, regelnd und lenkend in die Wirtschaft einzugreifen. Von dieser Ueberzeugung sind die Gewerkschaften bei ihren Vorschlägen für die Arbeitsbeschaffung ausgegangen. Dabei waren sie sich durchaus bewußt, daß sich Deutschland in einer weit ungünstigeren Lage befindet als etwa die Vereinigten Staaten oder England.

Die Arbeitsbeschaffung muß sich daher in den durch die finanziellen Verhältnisse Deutschlands gezogenen Grenzen halten und die Arbeiten müssen volkswirtschaftlich rentabel sein, d. h. Werte schaffen, deren Ertrag eine Rückzahlung der aufgewandten Kosten ermöglicht.

Die ganze Aktion muß volkswirtschaftlich einwandfrei fundiert sein, Verzinsung und Tilgung der Kredite so gesichert werden, daß die Währung in keiner Weise bedroht ist.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend sind als besonders geeignet für die Arbeitsbeschaffung folgende Arbeiten anzusehen:

1. Die Erhaltung und Verbesserung des Straßennetzes,
2. Arbeiten zum Schutze gegen Hochwassergefahren,
3. der Kleinwohnungsbau,
4. Hausreparaturen,
5. Aufträge der Reichsbahn,
6. Aufträge der Reichspost,
7. zweckmäßige Siedlungsarbeiten,
8. landwirtschaftliche Meliorationen.

Etwa eine Million Arbeitskräfte sollen auf die Dauer eines Jahres bei diesen Arbeiten zusätzlich beschäftigt werden, wofür ein Gesamtaufwand von rund 2 Milliarden Mark erforderlich wäre.

Die Begrenzung auf eine Million Arbeitskräfte, auf die Zeitdauer eines Jahres, auf 2 Milliarden Gesamtaufwand ist keine willkürliche. Sie ist gegeben durch die Gesamtverhältnisse der Volkswirtschaft, in deren Rahmen sich die Arbeitsbeschaffung selbstverständlich bewegen muß.

Dank der Wiederbeschäftigung von einer Million Menschen wird eine zusätzliche Kaufkraft in den wirtschaftlichen Kreislauf eingeschaltet. Das wird belebend auf eine Reihe von Verbrauchsgüterindustrien wirken. Zugleich werden auch die Bauindustrien eine Belebung erfahren. Neue Anstellungen in der Wirtschaft werden stattfinden, so daß die Auswirkungen der Arbeitsbeschaffung ihren unmittelbaren Nutzeffekt verstärken. Auf diese Weise kann der Schrumpfungprozess abgebrochen werden, die Wirtschaft wird eine Atempause bekommen, es werden sich bessere Bedingungen für die weitere Entwicklung der Konjunktur bilden. Das Wichtigste aber ist, daß diese Wendung dem Volk das Vertrauen in sich selbst, in seine Kräfte und in seine Zukunft wiederzugeben vermag.

Die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung erfordert das Aufgebot aller Kräfte. Es ist nicht so, daß in einem Staatswesen wie Deutschland keinerlei Mittel für diesen Lebenszweck aufgebracht werden könnten. Es muß sogar geprüft werden, in welcher Weise noch die öffentlichen Haushalte zur Finanzierung beitragen können. Steuermittel aus der Hauszinssteuer und Reichsfluchtsteuer müssen für die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung verwendet werden.

Ferner müssen für die Finanzierung herangezogen werden die Ersparnisse der Reichsanstalt an Arbeitslosenunterstützung (infolge der Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen), des weiteren die von den Wiederbeschäftigten aufzubringenden Steuern sowie ihre Beiträge für die Arbeitslosenversicherung.

Endlich muß die Finanzierung ermöglicht werden durch eine volkswirtschaftliche Arbeitsbeschaffungsanleihe. Die Arbeitsbeschaffungsanleihe müßte so ausgestaltet sein, daß sie die gehorteten Gelder aus dem Strumpf herausholt.

Sämtliche Träger der Arbeitsbeschaffung müssen in eine „Zentralstelle für Arbeitsbeschaffung“ zusammengefaßt werden.

Die Gewerkschaften müssen in der „Zentralstelle“, wie in allen Arbeitsbeschaffungsorganisationen, stark vertreten sein.

Mit der Arbeitsbeschaffung muß eine wirklich scharfe amtliche Preisüberwachung auf allen Gebieten einsetzten, und diese Preisüberwachung muß während des ganzen Jahres der Arbeitsbeschaffung bestehen. Sie muß das Ziel verfolgen, jede spekulative Preisbildung unter allen Umständen zu unterbinden. Die Preisüberwachung kann nur erfolgreich sein in Verbindung mit einer dem Sinn und Zweck der Arbeitsbeschaffung angepaßten Zoll- und Kartellpolitik.

Im Zusammenhang mit der Arbeitsbeschaffung sollte die Reichsregierung, um die noch vorhandene und zu beschaffende Arbeit auf möglichst viel Arbeitskräfte zu verteilen, endlich die allgemeine gesetzliche 40stündige Arbeitswoche durchzuführen. Die lange Arbeitszeit ist in Deutschland — angesichts der Tatsache von Millionen Erwerbslosen — zu einem öffentlichen Vergernis geworden. Die Regierung muß daher ihre passive Haltung in dieser sozialen und konjunkturpolitisch wichtigen Frage aufgeben. Die Gewerkschaften können in der gegenwärtigen Situation allein den schreienden Mißstand nicht beseitigen. Hier kann nur die Gesetzlichkeit aufräumen, und sie muß aufräumen, wenn Gesellschaft und Staat in ihrer Gesamtheit nicht unheilbaren Schaden nehmen sollen.

Die Arbeitsbeschaffung darf nicht in Zeichen niedriger Entlohnung stehen. Im Gegenteil müssen solche Arbeiten den Vorzug erhalten, bei denen der Lohnanteil, sowohl im Vorprodukt, als auch in der letzten Ausführung möglichst hoch ist. Zusätzliche Kaufkraft muß geschaffen werden, um dadurch zunächst die Konsumgüter-Industrie, in weiterer Folge die Produktionsgüter-Industrie und schließlich den wirtschaftlichen Gesamtkreislauf zu beleben. Die Entlohnung der Arbeitskräfte in der Arbeitsbeschaffung muß daher selbstverständlich nach den Bestimmungen der Tarifverträge erfolgen.

Darum ist auch im allgemeinen im Rahmen der Arbeitsbeschaffung für den Freiwilligen Arbeitsdienst kein Raum.

Der Vortragende ging dann im einzelnen auf das Elend der Arbeitslosen ein. Von den nahezu 7 Millionen Arbeitslosen sind über 2 Millionen über 59 Wochen ohne Arbeit.

Die allgemeine Not ist ungeheuer groß, ist bis zur Unerträglichkeit angewachsen. Die Regierung hat für das Unternehmertum immer eine hilfreiche Hand gehabt. Und das Unternehmertum ist in seinen Forderungen an den Staat niemals bescheiden gewesen. Das Kapitel der Subventionen an die Industrie ist fast unübersehbar; es geht hier alljährlich in viele Hundert Millionen. Die Sanierung der Großbanken aus öffentlichen Mitteln kostete fast 1 Milliarde. Die Osthilfe 1930 belief sich durch verlorene Zuschüsse und Kreditgewährung mit fragwürdiger Rückzahlung auf 80 Millionen, die Osthilfe 1931 auf 90 Millionen. Dazu kommen die Preisüberhöhungen durch Zölle, die allein für landwirtschaftliche Erzeugnisse im Wirtschaftsjahr 1930/31 auf 2 Milliarden geschätzt werden. Die Garantie des Reiches für etwaige Verluste bei Aufträgen aus Rußland beträgt 70 Prozent. Der Hausbesitz wurde durch die Reform der Hauszinssteuer und den Abbau der Mietgesetzgebung begünstigt. Der Kleinhandel ist durch das Verbot der Errichtung von Warenhäusern in den Mittel- und Kleinstädten bedacht worden.

Nun hat die Arbeiterklasse, haben besonders die Arbeitslosen das Recht, Forderungen zu stellen. In ihrem Namen richtet dieser Kongreß an die Regierung die Forderung, dieselbe offene Hand zu haben, die sie dem Unternehmertum gegenüber hatte. Man sage uns nicht: Arbeitsbeschaffung scheitert an der Finanzierungsmöglichkeit, oder Arbeitsbeschaffung bedeute Inflation! Unter Führung der Reichsregierung und der zuständigen Ministerien sollen sich die Vertreter der in Frage kommenden Körperschaften, besonders unter Hinzuziehung von Vertretern der Gewerkschaften, zusammensetzen und die Fragen der Arbeitsbeschaffung, ihre Finanzierung und Durchführung im einzelnen zu regeln. Das kann und muß geschehen, und es muß gelingen, in der Zusammenarbeit aller Kräfte, die guten Willens sind, das Unglück der Arbeitslosigkeit in Deutschland zu mildern.

Nach der Rede Eggerts, die alle Zuhörer des Kongresses in ihren Bann zog, sprach der Reichsarbeitsminister Stegerwald, oft von lebhaften Zwischenrufen unterbrochen. Er beruht sich auf seine Ausführungen in Frankfurt a. M. und sagt: Wir sind weder optimistisch, noch zu pessimistisch gewesen. Dem haben wir es zuzuschreiben, daß wir mit den Mitteln für die Arbeitslosenunterstützung noch so ausgekommen sind. Ein Hauptfaktor für jede Besserung ist die außen- und innenpolitische Beruhigung, also ein befriedigender Ausgang der im Juni vor Ablauf des Hoover-Freihandelsabkommens Reparationskonferenz, ebenso wie die geistige Gesundung im Innern. Dafür wird nun nach der Reichspräsidentenwahl die Freie Wahl von größter Bedeutung sein. Den Wendepunkt in der Weltwirtschaftskrise erwarten viele für die zweite Hälfte 1932, in England und Amerika aber rechnet man vielfach damit erst für das Jahr 1933. (Unruhe.)

Als Hauptursache des Schrumpfungsprozesses kann ich nicht die Gehaltsstürzung ansehen. Diese war unerlässlich, um unseren Etat in Ordnung zu halten. Bei einer solchen Kürzung der öffentlichen Personalausgaben um 2½ Milliarden Mark konnte auch die Privatwirtschaft mit ihren Löhnen nicht unbeteiligt bleiben. Warum haben sich so viele Großunternehmer bei der Reichspräsidentenwahl für Hitler erklärt? Weil sie durch eine zweite Inflation ein zweites Mal ihre Schulden loswerden hoffen. (Lebhafte Zustimmung.) Auch mir gefällt vieles an den Notverordnungen nicht. Aber ohne diese Notverordnungen wären wir heute in einer Inflation, gegen die 1923 nur ein schwaches Vorbild gewesen wäre. Der Minister verteidigte dann seine Haltung in der Arbeitszeitfrage gegen den Vorwurf, unter dem Druck der Unternehmer gestanden zu haben. Die Bankenfinanzierung sei nicht aus Liebe zu den Aktionären erfolgt, sondern im Interesse der dreiviertel Millionen Konteninhaber, von denen die Weiterbeschäftigung großer Arbeitermassen abhing. Die von Eggert aufgezählten Arbeitsgelegenheiten erkennt der Minister an. Er betont, daß die Kosten auf keinen Fall durch eine Inflation „aufgebracht“ werden dürfen, dagegen wäre selbst Nichtstun noch das Ärmere. (Zwischenrufe.) Aber natürlich bleibt Nichtstun außer Betracht. Bei den zu beschaffenden Arbeiten, so meint Stegerwald weiter, werde man neben der Geltung der Tariflöhne doch auch den freiwilligen Arbeitsdienst heranziehen und sogar erweitern müssen, aber so, das das Geltungsgebiet der Tarife nicht bedroht werde.

Stegerwald erklärte weiter, daß er keine Möglichkeit sehe, im Laufe des nächsten Jahres die deutsche Sozialversicherung weiter ausbauen zu können. Man müsse den Rentenbeziehern ein Stückchen Land zuweisen, durch dessen Bebauung sie sich einen Naturalzuschuß zur Rente beschaffen können. (Widerspruch.) Die Reichsregierung habe bereits sichere Finanzierungspläne für eine verstärkte Siedlung, besonders für eine Verstärkung der städtischen Vorkaumsiedlung, ebenso auch für den Straßenbau und für Wohnungsreparaturen. Zur Frage der Arbeitszeitverkürzung erklärte Stegerwald, daß die Reichsregierung nochmals Besprechungen zwischen den Unternehmern und Gewerkschaften herbeiführen wolle, und, falls diese Besprechungen ergebnislos bleiben sollten, eventuell durch eine Notverordnung die Arbeitszeit verkürzen werde. An eine allgemeine Lohnsenkung nach dem 30. April würde weder im Reichsarbeitsministerium noch in der Reichsregierung gedacht. Für das Gros der Arbeiter seien die Löhne nicht mehr zu hoch. Es seien aber noch einige Angleichungen notwendig. (Stiller Widerspruch der Delegierten.) Diese Angleichungen sollen aber nicht das Signal sein für einen allgemeinen neuen Lohnabbau. Minister Stegerwald schloß seine Rede mit der Versicherung, daß für die Arbeitslosen von der Regierung alles gesehen solle, was gesehen kann, ohne die deutsche Währung zu gefährden.

Als erster Redner in der Diskussion sprach der Vorsitzende des Deutschen Bauwerksbundes, Kollege Bernhardt, der in großen Zügen die Arbeitsnot in der gesamten Bauwirtschaft behandelte, in der, wie er mit Recht sagte, Friedlosigkeit herrscht. Bernhardt kritisierte in eindringlicher Weise die verschärfenden Taten der Reichsregierung in den Notverordnungen und wies darauf hin, daß es in der Bauwirtschaft drei große Arbeitsgebiete gibt, die ein Inangangehen in sich tragen: Kleinwohnungsbau, Reparatur von Altwohnhäusern und Altwohnungen, Straßenbau.

Begründung und Einwendungen sind dem Kollegen Bernhardt aus seiner Praxis und Sachkenntnis heraus sehr geläufig. Auch der freiwillige Arbeitsdienst findet im Sprecher für die Bauwirtschaft einen scharfen Gegner, ebenso die Spielerei, die oft mit den Randfriedungsarbeiten um die Großstädte getrieben wird. Das sei Balkanisierung des Wohnungswesens. Scharfe, aber treffliche Worte fand Bernhardt, um diese zigeunerhaften Zustände anzuprangern. Dann sagte er zum dritten Hauptgebiet Straßenbau: Das Steinseil- und Steinmehlgewerbe liegt vollständig daneben. Dabei haben wir in Deutschland einen seltenen Reichtum an Natursteinen. Wieder könnten hier Hunderttausende Bauarbeiter, und zwar in allen Teilen des Reiches, beschäftigt werden, wenn der Wille vorhanden wäre, die Substanz vor ihrer Vernichtung und damit die Nation vor ungeheurem Verlust großer volkswirtschaftlicher Werte zu schützen. Alle Sachverständigen sind sich darüber einig, daß durch gute Straßen die Substanz der Verkehrsmittel und die Baulichkeiten an den Straßen geholt werden, daß eine billigere, schnellere und sichere Beförderung von Menschen und Gütern erreicht wird. Das kleinste Fuhrwerk größerer Frachten tragen kann, daß die Transportkosten von Lastfuhrwerken sich vermindern und dadurch größere Verdienstmöglichkeiten und als Folge davon wieder Preisentfaltungen erzielt werden, daß eine Einsparung an Betriebsstoffen und Verminderung von Unfällen und Schäden erreicht wird; also wirken sich gute Straßen volkswirtschaftlich produktiv aus.

Pflasterstraßen sind die besten und, auf die Dauer gesehen, auch die billigsten Straßen. Sie sehen heute in den Städten wie auf den Landstraßen Warnungstafeln: Achtung! Schlaglöcher! — Achtung! Schlechte Wegekreuzung! usw. Ganze Straßenzüge sind heute für den Verkehr vollständig gesperrt.

Notwendig wäre, daß die Straßen eine Begräbnis erführen, daß also die sogenannten Todeskurven beseitigt werden, daß Umgebungs- und Durchgangstraßen für starken Verkehr geschaffen werden. Dazu sollte deutsches Material, insbesondere der Naturstein Verwendung finden. Es ist ein wirtschaftlicher Unsinn, wenn durch Natursteingebiete Kunststraßen gebaut werden, wo zu beiden Seiten der Straße Steinbrüche liegen. Der Straßenbau ist ein Arbeitsgebiet, in dem die Reichsregierung ihre ganze Energie einsetzen sollte. Auf diesem Gebiete wie im ganzen Baugewerbe läßt sich auch am ehesten die 40-Stunden-Woche durchführen. Das wurde mir auch im Reichsarbeitsministerium bestätigt; trotzdem geschieht nichts. Und zum Plage, wo die Regierungsvertreter saßen, wandte sich Bernhardt mit den Worten: Meine Herren von der Reichsregierung: Bringen Sie die deutsche Bauwirtschaft wieder in Gang. Reichen Sie die Hunderttausende arbeitsloser Bauarbeiter heraus aus ihrem Elend und leiten Sie damit nicht nur eine wirtschaftliche, sondern eine staatspolitische Tat, indem Sie diesen Menschen wieder den Glauben an ihren Wert und Zweck im Staate geben. Sehen Sie in die Tat um, was der Herr Reichsfinanzminister am 14. Oktober 1931 im Reichstag sagte:

„Es wird nicht möglich sein, die deutsche Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, wenn man nicht die Bauwirtschaft als Schlüsselgewerbe wieder anturbelt. Wir wissen sehr wohl, daß es das Kernproblem der Krise ist, ob es uns gelingt, die Hunderttausende von Bauarbeitern wieder in den Arbeitsprozess einzuziehen.“

So ist es! Heraus aus unserer Not führt nur Arbeit, und in erster Linie Bauarbeit!

In der Debatte sprachen noch je ein Vertreter der Bergbauindustrie, einer vom Gesamtverband, der besonders die Bedeutung der öffentlichen Wirtschaft für die Arbeitsbeschaffung größten Stills unterstrich; der bekannte sächsische Gewerkschaftssekretär Arndt schilderte eindringlich die Notlage in Sachsen, Tarnow vom Holzarbeiterverband, Spliedt vom ADGB, Thiemig vom Fabrikarbeiterverband und noch einige andere kamen zum Wort. Alle Disquisitionsredner standen auf der Höhe. Ihre scharfe, aber sachliche Kritik, an die Adresse des Reichsarbeitsministers gerichtet, dürste ihre Wirkung nicht verfehlen. Auch der preussische Ministerpräsident Otto Braun sprach in der Debatte; seine Ausführungen stachen wohlthuend ab von jenen des Reichsarbeitsministers. Bei Braun die klare Kennzeichnung der kapitalistischen Mißwirtschaft, aber auch die sichere Erkenntnis dessen, was zu geschehen hat auf dem Gebiete der Wirtschafts-, Lohn- und Arbeitszeitpolitik. Wilhelm Eggert faßte dann in seiner besonderen ihm eigenen Art im Schlußwort wirkungsvoll die Forderung der Gewerkschaften und die Aussprache zusammen und sagte abschließend, annehmend an ein Wort von Lassalle: Wir wollen jetzt nicht schauen nach links, wir wollen jetzt nicht schauen nach rechts.

Arbeitsbeschaffung, das ist die Forderung der Zeit. Und mit dieser Forderung werden wir durchdringen.

Alle Kräfte wollen wir fortan aufbieten, damit eine Wirtschaftsunterordnung Platz greift, die diese unerhörten Erschütterungen, diese Not und dieses Elend vermeidet, die das deutsche Volk in den letzten einhalb Jahren durchgemacht hat — eine Wirtschaftsordnung, in der jeder, der Menschenanständig trägt, ein menschenwürdiges Dasein führen kann.

Nach einstimmiger Annahme einer Entschließung fand der Kongreß nach fast siebenstündiger ununterbrochener Verhandlung unter anfeuernden Worten des Vorsitzenden einen würdigen Abschluß.

Entschließung.

I.

Die Massenarbeitslosigkeit und das soziale Elend im Lande haben ein Ausmaß erreicht, das den Staat verpflichtet, unter Aufwand seiner ganzen Kraft dem Schrumpfungprozess der Wirtschaft entgegenzuwirken und den aus der Produktion ausgeschalteten Arbeitskräften wieder Beschäftigung zu verschaffen.

Der Kongreß richtet an die Reichsregierung die Forderung, unverzüglich Anordnungen zur Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten und zur Vergabe öffentlicher Aufträge sowie zur Förderung geeigneter Privataufträge zu treffen in einem Umfange, daß eine fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes eintritt. Zu diesem Zweck müssen solche zusätzlichen Arbeiten in Gang gebracht werden, die wirtschaftlich nützlich sind und von deren Kostenaufwand ein möglichst großer Teil auf die Löhne entfällt. In erster Linie kommen hierfür in Betracht Straßenerhaltung und Straßenbau, landwirtschaftliche Meliorationen und Siedlungen, Hochwasserchutz, Kleinwohnungsbau und Unterhaltung des vorhandenen Wohnraumes, Aufträge der Reichsbahn und der Reichspost.

Bei der Durchführung der Arbeiten müssen die beschäftigten Arbeitskräfte den üblichen Tariflöhnen erhalten; die Arbeitszeit darf höchstens 40 Stunden in der Woche betragen.

Der Kongreß verkennt nicht die Schwierigkeiten, die der Finanzierung der Arbeiten entgegenstehen. Die Lage erfordert jedoch, daß die Anstrengungen zu ihrer Ueberwindung gesteigert werden. Alle noch aufzubringenden Mittel, auch gewisse Steuermittel, wie die durch die Reichsfluchtsteuer erfassten Beträge und die Hauszinssteuer, sind vorübergehend zur Arbeitsbeschaffung zu verwenden, ferner die beträchtlichen Summen der durch die Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen erparten Unterstufungen sowie der von den Wiederbeschäftigten aufzubringenden Steuern und Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.

Darüber hinaus unterstützt der Kongreß die Forderung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nach einer volkswirtschaftlichen Arbeitsbeschaffungsanleihe, die so ausgestaltet ist, daß sie die von der Bevölkerung gehorteten Gelder anzieht.

Soweit die Anleihestücke noch nicht in vollem Umfange auf dem Kapitalmarkt untergebracht sind, sollen sie den Banken als Unterlage für eine Zwischenfinanzierung der Arbeitsbeschaffung dienen. Um die Sicherheit der Verzinsung und Rückzahlung der Kredite zu erhöhen, müssen nötigenfalls besondere Zweckverbände der Schuldnerkörperschaften gebildet werden.

Durch scharfe Preisüberwachung in Verbindung mit einer zweckmäßigen Zoll- und Einfuhrpolitik muß jeder spekulative Preisbildung vorgebeugt werden.

Die einheitliche und beschleunigte Durchführung der Arbeitsbeschaffung ist einer mit ausreichenden Befugnissen ausgestatteten Zentralstelle zu übertragen. Ihre Aufgabe ist zugleich, das Vertrauen für die Arbeitsbeschaffungspolitik im Inlande wie im Auslande zu verstärken.

Der Kongreß wiederholt im übrigen die früheren Forderungen der Gewerkschaften zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere gesetzliche Beschränkung der wöchentlichen Arbeitszeit auf höchstens 40 Stunden und Stärkung der Massentaufkraft.

Der Kongreß fordert alle Volksgenossen auf, die Dringlichkeit der Arbeitsbeschaffung zu erkennen und alle Kräfte für ihre Durchführung einzusetzen.

II.

Unbeschadet aller Vordringlichkeit der Arbeitsbeschaffung erklärt der Kongreß es als eine gleichfalls unerlässliche Aufgabe der Reichsregierung, aus den katastrophalen Erscheinungen und Vorgängen auf dem Gebiete der Wirtschaft die Folgerungen zu ziehen, die Volk und Staat in Zukunft vor gleichen Erschütterungen sicherstellen. Die Wirtschaftsführung des privatkapitalistischen Systems hat nach den Erfahrungen der letzten Zeit das Vertrauen weitester Volksteile verloren. Der Einfluß des Staates, seine Aussicht und seine Mitwirkung in der Wirtschaft müssen beschleunigt ausgebaut und verstärkt werden. Der Kongreß beauftragt den Bundesvorstand, die Forderungen der Gewerkschaften für den notwendigen Umbau der Wirtschaft erneut der Regierung vorzulegen und sie mit stärkstem Nachdruck zu vertreten.

Wenn sie dich schmähen und wenn sie dich schelten,
Widersteh nicht mit hügigem Mut,
Schweig und schaffe was schön und gut,
So wirst du zuletzt doch Recht behalten.

Aus dem Verband für den Verband

Wer keinen Fußtritt spüren will im Rücken, muß sich nicht bücken

Der große Mann geht seiner Zeit voraus,
Der Kluge geht mit ihr auf allen Wegen,
Der Schlaupkopf beutet sie gehörig aus,
Der Dummkopf stellt sich ihr entgegen.

Die Arbeitslosigkeit im Steinarbeiterverband Ende März 1932

Die Zählung umfaßt 714 Zahlstellen mit 42.879 Mitgliedern. 10 Zahlstellen mit 1523 Mitgliedern konnten nicht erfaßt werden. Es wurden 34.624 arbeitslose Kollegen ermittelt, das sind 80,7 Prozent der von der Zählung erfaßten Kollegen. Im Vormonat betrug die Arbeitslosigkeit 87,2 Prozent.

Nach den Hauptberufsgruppen ergibt sich folgendes Bild:

Gruppe	Gemeldete Mitglieder	davon arbeitslos in Zahlen	v. H.	Im Vormonat v. H.
Steinarbeiter	30.491	23.965	78,6	84,6
Steinseger . . .	12.388	10.659	86,0	93,7

Auf die einzelnen Landesarbeitsämter verteilt sich die Arbeitslosigkeit wie folgt:

Landesarbeitsamtsbezirk	Insgesamt		Steinarbeiter		Steinseger	
	März v. H.	Febr. v. H.	März v. H.	Febr. v. H.	März v. H.	Febr. v. H.
Ostpreußen	91,2	94,5	82,7	88,5	95,0	97,5
Westfalen	87,9	92,5	83,7	84,1	91,1	98,5
Pommern	87,8	91,0	65,9	70,2	93,4	96,4
Rheinland	86,7	91,0	87,2	90,1	84,5	95,5
Mitteldeutschland	86,2	91,0	86,9	87,4	86,3	95,2
Schlesien	83,3	91,3	80,2	89,9	95,4	97,0
Südwestdeutschland	82,7	85,4	82,7	85,2	82,3	100,0
Sachsen	79,1	85,8	78,4	85,5	84,5	88,5
Nordmark	79,0	85,0	70,4	73,3	83,1	90,2
Niederhessen	79,0	88,4	82,0	87,3	75,9	89,7
Hessen	77,5	85,5	73,0	82,3	92,2	96,9
Brandenburg	77,2	88,5	75,7	80,9	77,9	92,1
Bayern	75,8	78,7	74,4	77,3	90,5	95,0
Reichsgebiet	80,7	87,2	78,6	84,6	86,0	93,7
1931	67,1	75,3	64,6	71,3	73,6	86,1
1930	48,4	59,0				
1929	32,1	76,6				
1928	8,4	16,8				

Die Gesamtarbeitslosenziffer des Reiches wies in diesem Jahre erstmalig einen Rückgang um 98.000 aus. Rund 100.000 der 6-Millionen-Arbeitslosenarmee sind also wieder in Arbeit gekommen. Gewiß nicht viel — aber wenigstens ein Anfang. Auch die steinindustriellen Betriebe beginnen sich allmählich wieder zu beleben, wenn uns auch das Ausmaß durchaus nicht befriedigen kann. Über auch hier wenigstens ein Anfang. Noch liegt der Beschäftigungsgrad weit hinter dem der gleichen Zeit des Vorjahres zurück, geschweige denn hinter dem der Jahre 1930 und 1929, von dem normalen Beschäftigungsjahr 1928 ganz abgesehen. Aus der Gruppe der Steinarbeiter liegen bereits weitere Meldungen über Betriebsaufnahmen und Neueinstellungen vor. Daß eine rege Werbetätigkeit unter den beschäftigten Kollegen entfaltet werden muß, sei auch an dieser Stelle nochmals hervorgehoben. Ohne das solidarische Verhalten der in Arbeit stehenden Kollegen kann den arbeitslosen, kranken und invaliden Kollegen nicht geholfen werden. Daß auch die weitere Gestaltung der Arbeitsbedingungen von dem Zusammenhalt der Kollegen abhängt, bedarf keiner weiteren Erläuterung.

Alle Steinarbeiter gehören in den Steinarbeiterverband.

Wettbewerb auf Kosten der Arbeitnehmer

Durch den sogenannten günstigen Wind erhalten wir Kenntnis von einem Werbungsschreiben der Firma D t t o P e g o l d, Granitschleiferei, W i r s b e r g / O b e r f r a n k e n, das folgenden interessanten Inhalt erhält:

Aus dem Wetterwinkel



Aus den verschiedenen Himmelstrichtungen, in denen unsere Leute vom Stein und der Kamme recht und schlecht hausen und auf lohnende Arbeit warten, ist, weil die an meinem Arbeitsplatz vorbei Wandernden auch nichts wußten, nichts besonderes zu berichten. Sie haben sich gewiß alle am 10. April politisch beschäftigt und dem Nazihauptling samt seiner Gefolgschaft den zweiten Badenstreik verweigert. Nun rüsten sie, soweit sie beteiligt sind, auf den 24. April, um diese erfreuliche Tätigkeit mit noch größerem Nachdruck zu wiederholen. Unterdessen wird auf die Verwirklichung von Arbeitsbeschaffungsplänen mit wenig Hoffnung ausgehakt. Im Westen sind wir Deutschen von jeher gedrückt und ausgebildet worden, das hat nämlich jeder lernen müssen, der eine auf diese, der andere auf jene Art und wer, wie ich, Beschäftigung hat, der wartet vor allen Dingen immer auf den fällig werdenden Lohn. In diesen Lohn wird, bevor er zur Auszahlung kommt, bereits hineingebucht und das dann Verbleibende gleicht einem — Nichts. Daher ist es durchaus verständlich, daß man den neuen Lohn tag kaum erwarten kann. Wir wenigstens geht es so, ob das nun bei anderen ebenfalls so ist, braucht man natürlich nicht zu glauben, denn das richtet sich ganz nach der Verpackung im seltenen Glück und im viel häufiger zu verzeichnendem Unglück. Im sogenannten Glück ist bekanntlich alles mellig, hell und warm und im Unglück finster, frostig, kalt, ungemütlich. Ein altes Sprichwort sagt: „Ein Armes friert egal.“ In diesem richtigen Spruch liegt viel darin, und wenn ich nun sage, daß mich immer friert, dann kann wahrscheinlich jeder verstehen, daß bei mir die Verpackung wie bei vielen, vielen anderen Steinklopfern verflügelt armelig schon von Grund aus ist. Dennoch muß man sich damit abfinden. Zumal dort, wo nichts ist, auch ganz, ganz selten etwas hinfommt; nur wo schon etwas wie eine Substanz vorhanden ist, da fällt noch mehr darauf und manchmal sogar klumpenweise. So war es leider schon immer seit Urgroßvaters Zeiten.

Dies kam mir so recht wieder zum Bewußtsein, als ich kürzlich einem früheren Steinklopfer umziehen half. Ausziehen mußte der, weil er die Miete nicht mehr bar zahlen konnte, sondern abwohnen wollte, was natürlich kein richtiger Hauswirt leidet, schon wegen der Finanzordnung nicht. In der neuen Wohnung wird die Unfähigkeit des Umgezogenen auch kaum recht zur Entfaltung kommen, es sei denn, daß Arbeit vom Himmel fällt wie ganz, ganz früher einmal Manna gefallen sein soll. Und erst der Umzug? Die arbeitslosen Kamotten meines Freundes hatten alle das Bestreben, umzufallen, ihre Füße und Beine waren gichtig und morlich vom allzulangen Stehen, konnten vielleicht auch die helle Aprilsonne nicht vertragen. Wer kann das ergründen? — Bei solcher Kammerlei, da sieht man erst, was sich im Laufe der Jahre ansammelt und vergraben wird zur rechten Zeit wegzuwerfen oder zu zerhacken eventuell für den Ofen. Mehr wie einmal deutete ich solches dem Umziehenden beim Aufladen an, doch da war nichts zu machen. Die Hausfrau funkelte mich an und auch ihr Lebensstempel stotterte etwas dagegen, sie konnten sich beide von dem nach meiner Ansicht tatsächlich überflüssigen Gerümpel aus Keller und Boden nicht trennen.

„Zweihundert meiner besten Abnehmer und Zahler erhalten am 23. Dezember jeden Jahres ein Weihnachtsgeschenk je nach dem Umsatz, angefangen von einem 14-tägigen Erholungsurlaub im Kurort Wirsberg (im eigenen Hause oder Hotel, bei freier Benutzung von Jagd, Fischwasser und Auto) bis herab zum besten Gebrauchsgegenstand. Ich will dadurch der verehrten Kundschaft meine besondere Dankbarkeit und Wertschätzung beweisen.“

Nach dem Wortlaut zu schließen wird dieses Verfahren, das sehr bedenklich nach unläuterem Wettbewerb riecht, schon jahrelang geübt. Nach sehr vorsichtiger Schätzung kostet jeder 14-tägige Urlaub mindestens pro Person 100 Mark und bei 200 Personen jährlich 20.000 Mark, ein Betrag, der bei den jetzigen Verhältnissen sehr von Bedeutung ist, der aber andererseits mit der dauernden Klage über die Notlage dieser Industrie nicht in Einklang gebracht werden kann.

Noch viel weniger vertragen sich solche Maßnahmen mit den dauernden Bestrebungen auf Lohnabbau, oder soll darin die Lösung des Rätsels gefunden werden? Bekannt ist längst, daß die Firma P e g o l d die tariflichen Bestimmungen mehr oder weniger lag durchführt. Hieraus hat sich bestimmt ein ansehnlicher Betrag für diesen Zweck ableiten lassen. Sehr fraglich ist allerdings, ob solche Maßnahmen sich mit gutem Gewissen in der Deffentlichkeit verantworten lassen. Auf die „guten Sitten“ wollen wir uns nicht einmal berufen. Jedenfalls gehört zu dieser geschäftlichen Werbung eine besondere Moral, um die wir Herrn P e g o l d nicht beneiden.

Unseren Kollegen ist aber anzuraten, strikte darauf zu achten, daß die tariflichen Abmachungen eingehalten werden, so daß Herr P e g o l d die Kosten für die Geschenke aus eigener Tasche bestreiten muß. In diesem Zusammenhang ist dem zuständigen Finanzamt zu empfehlen, nachzuprüfen, ob die zur Verteilung gelangenden Beträge auch ordnungsgemäß versteuert und nicht als Werbungskosten verbucht werden. Mit ordentlichen Werbungskosten haben diese Beträge jedenfalls nichts zu tun.

An den Verband bayrischer Granitwerke, dessen Mitglied die Firma P e g o l d ist, richten wir die Anfrage, wie er sich zu diesem Verhalten stellt. Die Firma treibt nach unserer Ansicht zum Schaden der gesamten Schleifereindustrie unläuterer Wettbewerb, der so schnell als möglich zu unterbinden ist. Die Möglichkeit dazu ist gegeben durch das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb und die Verordnung der Reichsregierung über das Zugabewesen.

Haben die Steinbruchsarbeiter bei Betriebseinschränkung und Betriebsstilllegung noch Anspruch auf Urlaub? Mit dieser Rechtsfrage von prinzipieller Bedeutung beschäftigte sich am 6. April das Reichsarbeitsgericht und kam zu einer Entscheidung zugunsten der Kläger.

Seit 1927 waren die Kläger A. und Genossen bei der Firma Z e r v a s S ö h n e in Koblenz als Steinbruchsarbeiter beschäftigt; sie haben regelmäßig Urlaub erhalten. Für das Arbeitsverhältnis der Kläger galt der Reichsarbeitsvertrag für die deutsche Pfasterstein- und Schotterindustrie vom 19. 1. 1926. Nach dessen Paragraph 10 haben die Arbeitnehmer nach ein- bis dreijähriger ununterbrochener Tätigkeit im Betriebe Anspruch auf dreitägigen Urlaub im Jahre. Solche, die länger als drei Jahre ununterbrochen in demselben Betriebe oder bei demselben Arbeitgeber beschäftigt sind, haben Anspruch auf sechs Tage Urlaub, wenn sie mindestens 2100 Arbeitsstunden im Vorjahre geleistet haben. Die auf Anordnung der Betriebsleitung nicht geleisteten Schichten werden an gerechnet. Der Urlaubsbestimmung wurde am 25. 2. 1928 die neue Bestimmung hinzugefügt: Betriebsstilllegungen und Betriebseinschränkungen werden für den Anspruch auf Ferienurlaub nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses angesehen, wenn der Arbeitnehmer innerhalb eines Monats nach Aufforderung in den Betrieb zurückkehrt.“

Die Kläger sind im April und Juli 1930 wegen Betriebseinschränkung bzw. Stilllegung entlassen worden. Der Betrieb ist bisher nicht wieder eröffnet.

Die Kläger beanspruchen für die Zeit, während der sie im Jahre 1930 gearbeitet haben, die Urlaubsschädigung für je zwei

Stunden für jeden Monat. Die beklagte Firma lehnte die Forderung der Kläger ab. Daraufhin führten die Kläger den Rechtsstreit und erreichten, daß beide Vorinstanzen, Arbeitsgericht und auch Landesarbeitsgericht, zugunsten der Kläger entschieden. Gegen dieses Urteil hat die beklagte Firma und der Arbeitgeberverband Revision eingelegt. Die Beklagte war gar nicht erschienen. Der Vertreter des Verbandes der Steinarbeiter, Rechtsanwalt Genosse Dr. Graf, Leipzig, verlangte ein Versäumnisurteil gegen die Beklagte und beantragte die Zurückweisung der Revision als völlig unbegründet. Das Reichsarbeitsgericht wies die Revision zurück und schloß sich den Entscheidungsgründen der Vorinstanzen an. Die Kläger hätten auch bei einer Betriebsstilllegung oder Betriebseinschränkung Anspruch auf Urlaub. Demnach habe das Reichsarbeitsgericht zugunsten der Kläger entscheiden müssen.

In Wirklichkeit handelt es sich bei diesem Streitfall nur um wenige Mark, die der Unternehmer unseren Kollegen entgegen den klaren Bestimmungen des früheren Manteltarifvertrages vorenthält. Das höchste Gericht muß erst von dem Unternehmer selbst mobil gemacht werden, um ihn von seiner falschen Rechtsauffassung abzubringen. Nun hat er die nicht unbeträchtlichen Kosten noch dazu.

Kassel. Am 29. März fand eine Monatsversammlung der Gruppe Straßenbau der Zahlstelle statt. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Lohnabbauforderung, 2. Verschiedenes. Der erste Vorsitzende, Kollege D i e s t e r d i c h, verliest ein Rundschreiben des Gauleiters Göhre, in welchem die Unternehmer einen Lohnabbau von 25 bis 75 Prozent beabsichtigen und besonders eine Lohnstaffel zwischen den Städten und dem freien Lande vornehmen wollen. Ferner Abschaffung der Fünftagepausen, Reduzierung der Prozente für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit. Hierzu entspann sich eine lebhafteste Diskussion. Es wurde dann beschlossen, unerschütterlich hinter der Lohnkommission zu stehen, ihr volles Vertrauen auszusprechen mit dem Wunsch, standhaft ihres Amtes so zu walten wie bisher. Im Punkt Verschiedenes richtet Kollege T h o m a s an die Kollegen die strenge Mahnung, sich gerade in der politischen und wirtschaftlich schweren Zeit noch mehr an gewerkschaftlichen Leben zu beteiligen als bisher.

Nachstehende Entschließung fand einstimmig als Willensausdruck der Versammelten Annahme:

Schon seit Jahren wird der Wege- und Straßenbauetat in den Verwaltungen der staatlichen und kommunalen Behörden ganz erheblich gekürzt. Dadurch wird nicht nur das Mißverhältnis zwischen den Anforderungen des erheblich gesteigerten Kraftwagenverkehrs und der notwendigen konstruktiven Anpassung der Straßen an diesen gesteigerten Verkehr immer größer, sondern dadurch wird auch die schon unerträgliche Notlage der Arbeiterchaft der Naturstein-Industrie und des Steinseger- und Straßenbaugewerbes mehr und mehr gesteigert. Daß aber auch infolge dieser Tatsache der Allgemeinheit ungeheure Verluste entstehen, bedarf wohl keiner besonderen Beweisführung. Diese Verluste werden noch erhöht durch die seit Jahren im Straßenbau gemachten Versuche mit neuzeitlichen Straßenaufbaustoffen, die technisch und wirtschaftlich versagt haben.

Die Arbeiterschaft der Naturstein-Industrie und des Steinsegergewerbes weiß, daß die behördlichen Auftraggeber vor finanziellen Schwierigkeiten stehen. Sie weiß aber auch, daß diese finanziellen Schwierigkeiten keine unüberwindbaren Hindernisse darstellen, und betont daher in diesem Zusammenhange den volkswirtschaftlichen Wert der Beschaffung von Arbeit durch die behördlichen Auftraggeber. Sie weist dabei auf die Tatsache hin, daß der Bau von Natursteintrassen in viel größerem Maße Lohnarbeit schafft und dadurch die Arbeitslosennot in viel stärkerem Maße gelindert wird.

Wir wollen endlich Arbeit, um uns und unsere Familien vor weiterer Verelendung schützen zu können.

Die Versammlung erwartet daher von allen behördlichen Auftraggebern, daß endlich Arbeit beschafft wird und daß bei dieser Arbeitsbeschaffung die sozialen und volkswirtschaftlichen Momente voll und ganz in den Vordergrund gestellt werden.

Mir leuchtete das schließlich ja auch ein, denn mit dem Beil in der Hand hätte ich sicherlich keine Grenzen gefunden zwischen dem, was Gerümpel ist und was nicht. Und nach einem solchen Aufruf spürte ich durchaus kein Verlangen. Mit einer wahren Inbrunst — man kann auch Würstchengefühl sagen — habe ich dann die mehreren Fußten auf dem Handwagen gezogen und ihn die Straßensteigung hinaufgezerrt, während Mann und Frau schoben und dabei krampfhaft die wadeligen Proletenmöbel zur Ausschmückung der neuen Wohnräume festhielten. O, wenn dieses alte sogenannte Mobiliar erzählen könnte, ich glaube, es würde in der Hauptache eine graufame Schilderung vom Werden und Vergehen der Menschen, von ihrer Not und ihrer Entfaltung und von sehr wenig Lebenssonne sein. Diese Gedanken habe ich dann — das ist nun einmal so beim Steinklopferszug — mit einem kräftigen und großen Schnaps wiederholt hinwegzuspülen versucht. Ganz gelungen ist das nicht. Das Ende von dem Umzug war sogar, daß aus meiner Einzelmenschens-Behausung noch einiges überflüssig gewordenes Möblement den Umziehenden freiwillig übereignet wurde, wodurch bei mir mehr Platz entstand, und sehracht wäre es sowieso worden. Das hatte ich mir beim Zerren in der ekelhaften Straßensteigung vorgenommen. Das Beschämende, aber doch Genugtuung gebende von alledem war, daß man mit der Ueberreignung den anderen noch eine sehr große Freude machte. Jetzt funkelte mich der Freund an, während die Frau vor Freude stotterte. So ist unser Arbeitsvolf — arm, bescheiden, geduldig und genügsam.

Die Straßen in meinem Wirkungskreis sollen nur ganz notwendig ausgebessert werden, daher habe ich vorübergehend Beschäftigung gefunden, um für Schotter zu sorgen. Es ist in der Tat ein wirkliches Kreuz, zu wissen, daß in absehbarer Zeit wieder Schluß gemacht werden muß, und daß dabei das erwärmte Gefühl nur aus Gnade und Barmherzigkeit beschäftigt zu werden und dazu noch für einen — Hundelohn. Mein Vorgesetzter, der Straßenmeister, beklagte das auch, meinte aber überflügelt mit dem Beamtengefühl: „Ein Alleinstehender könne damit auskommen.“ Ob er mich damit künstlich aufregen wollte, war leider nicht zu ergründen; denn als ich seine Baristoppeln durch die Drahtbrille recht in der Nähe anschauen wollte, hatte er es auf einmal sehr eilig. Ich weiß ja, daß er mit sich kämpft, weil er so ungereimtes Zeug spricht; denn der Nazirummel geht ihm im Leibe herum wie bei einer jungen Frau die Geburtswehen. Eine Art Leisegänger war er schon immer, dieser Straßenmeister, und aufs richtige Pferd hat er sich bisher wenigstens stets zu setzen verstanden, nur diesmal weiß er nicht „wo hin“. Das wissen leider viele nicht von denen, die von den Steuern der Allgemeinheit schlecht, gut, noch besser und am besten erhalten werden. Wenn nun ein Arbeiter schlecht und recht von solchen Steuern sein Leben fristet, heißt es bekanntlich, aber neid- und verachtungsvoll — Bonze. Ist es aber einer aus der anderen Bevölkerungsschicht, der nun gut, sehr gut und am besten von solchen Steuern der Allgemeinheit sein teures Leben fristet, dann sagt man — Beamter, wie beim Straßenmeister, und hält es für ganz selbstverständlich, daß er einermann wohnt, sich kleidet und sein Ehegespons, wie seine Nachkommen nun ebenso aufmarschieren. Gibt der erstere sich große Mühe, nun aus eigener Kraft sich Wissen anzueignen und kann folgebessern mit seinem Rat anderen helfen, dann sagt man böswillig — Streber, Klugschleißer usw. Macht das aber der andere, dann sagt man ehrfurchtsvoll — tüchtiger Beamter und kleidet

sich dieser einigermaßen, ist es ein — sauberer, akurater Mensch, während dasselbe beim Arbeiterangestellten als — eingebildet, hoch hinaus, vergessen was er war“ usw. bekräftelt wird. Das sind so meine Gedanken, wenn ich mir meine Vorgesetzten im amtlichen Straßenbau vorstelle und daneben in Gedanken meinen Freund stelle, der in der Steinarbeiterbewegung seinen Mann stellt, der jedem mit Rat und Tat zur Seite steht, den aber das große allgemeine Elend im Beruf aufzehrt wie eine schleichende Krankheit, und der sich die Beine weglaßt, um für die von ihm Betreuten Arbeit zu schaffen, der für deren Rechte vor den Gerichten und in sonstigen Amtsstuben immer wieder aufsteht, bis der Erfolg vorliegt. Ein solcher Mann, böswillig Bonze genannt, richtiger jedoch — Verbandsknecht, kennt wenig Dank in Worten, dem ist der Erfolg für andere Dank genug. Eine solche Tätigkeit sollte man allerdings nicht beneiden und mit Gift und Galle verbittern, sollte vielmehr recht froh darüber sein, daß sie sich nicht vollzieht wie die Tätigkeit „richtiggehender“ Beamten; solcher, wie ich sie als armerlicher Steinklopfer im Laufe der vielen Jahre kennengelernt habe. Sie sind nicht alle so, nein. Br — jetzt wollte mein Hammer durchgehen auf die Steinklopfen.

Der National-Bolschewismus wurde, wie bereits bemerkt, am 10. April zum zweiten Male geschlagen, er muß nun noch zum dritten Male, am 24. April, mit dem — Stimmzettel v e r r ü g e l t werden. So ein Stück Papier, wie der Stimmzettel, wirkt in der Demokratie nachhaltiger wie richtige schwere Prügel. Das ist nun einmal so und ist gelegentlich, obgleich richtige Prügel sehr oft angebracht erscheinen wie anderes. Das ist so meine Ansicht, die nicht richtig zu sein braucht.

Ein sehr gutes Werbemittel gegen die Nazis war in meinem Kaff i h r e e i g e n e große Fahnenkreuzfahne und das kam so: Diese flatterte in den letzten Wochen jeden Sonntag aus dem Giebelfenster des sogenannten Herrenhauses des Gutes. Dort haust der größte Menschenhinder des ganzen Umkreises, und mancher, der bisher hinter den Nazis hergelaufen ist, weil er sich sagte, „Schlimmer wie jetzt kann es nicht werden“, wurde angefaßt der Fahne aus dem Herrenhause doch nachdenklich, denn er sagte sich: wo dessen Insaßen dabei sind, hat ein Arbeiter und ein Kleingewerbetreibender nichts zu hoffen! Das ist natürlich sehr richtig und schon wiederholt gesagt worden, auch mit dem besonderen Hinweis auf all das reaktionäre Gewimmel im Nazihäufen von früheren Hohenzollernprinzen angefangen, zum industriellen und landwirtschaftlichen Scharfmacher, von abgetakelten Offizieren bis zum verbohrtesten Landsknecht, der nur gut würfeln kann. Auf diese Art soll da bei den Nazis ein Knüppelgarde von zirka 400.000 Mann vorhanden, also zusammengelaufen sein, die sich fast zur Hälfte aus „Rot Front“ rekrutiert. All dieses wurde in unserem Orte schon wiederholt gesagt, und merkwürdigerweise hat die Fahnenkreuzfahne aus dem Herrenhause mehr Einwohner dem Fahnenkreuzrummel abspenstig gemacht, wie alle schriftliche und mündliche Aufklärung es vordem nicht fertig gebracht hat.

Bei dem Wahlergebnis am 10. April in unserem Orte soll der Bestzer des Herrenhauses sich über den Rückgang der Stimmen sehr gewundert und seinem Unmut drastischen Ausdruck gegeben haben. Aber auf den Trichter gebracht mit der Fahne, die da froh und siegesgewiß im Winde flatterte, hat den Mann niemand. Das ist auch gar nicht nötig; die Vernunft siegt schließlich doch! Steinklopfer - S a n n e s.

Verbot der SA

Am 13. April hat die Reichsregierung endlich durch Verordnung des Reichspräsidenten ein Verbot der SA- und SS-Formationen verfügt. Sämtliche militärische Organisationen der NSDAP, insbesondere die Sturmabteilungen (SA), die Schutzstaffeln (SS), mit allen dazu gehörigen Stäben und sonstigen Einrichtungen, einschließlich der SA-Beobachter, SA-Reserven, Motorstürme, Marinestürme, Reiterstürme, des Fliegerkorps, Kraftfahrkorps, Sanitätskorps, der Führerschulen, der SA-Kasernen und der Zeugmeistereien. Nachdem das Verbot ausgesprochen war, hat die Polizei in allen Ländern die SA-Heime geschlossen, das vorhandene Material beschlagnahmt und bei den militärischen Führern der NSDAP Hausdurchsuchungen vorgenommen. Die Regierung begründet ihr Vorgehen damit, daß das staatliche Leben geschützt werden müsse und die Staatsautorität zu bewahren sei. Die genannten Organisationen seien bis in alle Kleinigkeit den militärischen Formationen nachgebildet und stellen ein Privat- und Parteimittel dar. Keine Reichsregierung könne es dulden, daß irgendeine Partei den Versuch mache, einen Staat im Staate zu bilden und sich Machtmittel schaffe, durch die sie in der Lage wäre, unter Umständen ihre Ziele auch mit Gewalt durchzusetzen. Das deutsche Volk lebe unter einer freiheitlichen Verfassung. Freiheit könne aber nur gedeihen unter Aufrechterhaltung der Ordnung. Im Interesse der Ordnung müßte volle Klarheit geschaffen werden, daß in Deutschland der Staat und nur der Staat mit fester Hand Recht und Gesetz aufrecht erhält. Diese Verordnung hätte schon längst ausgesprochen werden müssen. Die Führer der SA waren auf diese Verordnung vorbereitet. Deshalb waren sie auch in der Lage, fast das gesamte Material beiseite zu schaffen. Wir erwarten von der Regierung, daß sie ihre ganze Kraft darauf verwendet, die Freiheit der Verfassung zu schützen. In Deutschland gibt es wichtigere Dinge zu tun, als Militär zu spielen. Die Unternehmer, die dieses Privatverbot durch Geldmittel unterstützt haben, sollten ihre Mittel lieber dazu verwenden, die Wirtschaftskrise zu mildern. Jedenfalls wird die organisierte Arbeiterkraft der Reichsregierung dabei unterstützen, wenn sie derartige Landstreichsorganisationen unterdrückt.

Die Streikverflechtung der Unternehmer. Die Organisationen der Arbeitnehmer und der Unternehmer leiden naturgemäß ebenfalls unter den wirtschaftlichen Niedergangerscheinungen. Recht lehrreichen Aufschluß gibt der Geschäftsbericht des Industrieschutzverbandes in Dresden. Diese Organisation hat zur Aufgabe, ihre Mitglieder bei Streiks und Ausperrungen finanziell zu unterstützen. Im Jahre 1931 sind diesem Verbands 130 Mitglieder neu beigetreten, aber 636 ausgeschieden, so daß ein Mitgliederbestand von 3775 verbleibt. Der Industrieschutzverband hat also einen nennenswerten Mitgliederverlust hinnehmen müssen. Zahlreiche Unternehmer haben auf den Schutz durch den Verband verzichtet. Die Organisation schloß das verflochtene Jahr mit einem Bestande von 928 500 Mark auf Entschädigungs- und Reservefonds ab. Die Einnahmen sind um rund 250 000 Mark zurückgegangen. Im Jahre 1931 sind 246 Streiks und Ausperrungen zu entschädigen gewesen, wofür insgesamt 238 000 Mark aufgewendet wurden. Die meisten Streiks und Ausperrungen entfielen in die erste Hälfte des Jahres. Die durchschnittliche Streikdauer betrug 20,7 Tage gegen 24,6 Tage im Jahre 1930. Die durchschnittlich an das bestreikte Mitglied gezahlte Entschädigung betrug 933 Mark. Es wurden aber auch Beträge von 16 000 Mark gezahlt. Die längsten und meisten Streiks waren in der Holzindustrie zu verzeichnen. Im laufenden Jahr bis zum 19. Februar waren beim Industrieschutzverband bereits 32 Streikfälle gemeldet. Das sind sicher lehrreiche Zahlen. Einen Blick in die Verwaltungstätigkeit erhält man, wenn man liest, daß im laufenden Geschäftsjahr eine Ausgabenminderung um rund 160 000 Mark geplant ist, was gegenüber 1930 226 000 Mark ausmacht. Wenn eine Organisation von rund 4000 Mitgliedern einen derartigen hohen Verwaltungskostenfaktor hat, daß daran mit Leichtigkeit 226 000 Mark gepart werden können, so zeigt das, daß mit den Unternehmergelbern ziemlich leichtfertig gewirtschaftet wird. Die Herren Direktoren, wie sie sich bezeichnen, erleben einen guten Tag und leben ihre einzige Aufgabe darin, ihre Mitglieder ständig gegen die Arbeiter und gegen die Gewerkschaften aufzuhetzen. Trotzdem laufen ihnen diese in Scharen davon. Das ist bezeichnend. Immerhin zeigt eine Untersuchung der Unternehmerorganisationen, daß diese wohlgerüstet sind und neue Kämpfe sorgfältig vorbereiten. Wird doch in dem Geschäftsbericht ausdrücklich auf die Ende April ablaufenden Tarifverträge hingewiesen.

Das deutsche Baugewerbe 1932. Das Baugewerbe spielt in einer hochentwickelten Volkswirtschaft eine große Rolle. Infolge der scharfen Drosselungen ist in diesem Jahre im deutschen Baugewerbe nur eine bescheidene Arbeitsvermittlung zu erwarten. Die Bau- und Bodenbank A.-G. Berlin schätzt den Auftragsbestand für das Baugewerbe im Jahre 1932 auf etwa 2 Milliarden Mark. Das ist kaum die Hälfte der Bauumweiterung des Jahres 1931 und etwa der vierte Teil der Jahre 1928 bis 1930. Wenn es gut geht, können demnach etwa 30 v. H. der Bauarbeiter im Sommer 1932 Beschäftigung erhalten.

So müßte es sein! Eine Tagung der Internationalen Handelskammer in Paris gab dem neuen Vizepräsidenten der Kammer, dem Deutschen Abraham Fromein, Gelegenheit, auf den internationalen Austausch von Menschen, Gütern, Diensten und Krediten zu sprechen zu kommen. Dabei führte er folgendes aus: „Die außerordentlichen Preisstürze infolge der nach dem Kriege entstandenen Uebererzeugung wären überwunden worden, wenn der internationale liberale Austausch von Menschen, Gütern, Diensten und Krediten rechtzeitig wieder hergestellt wäre. Heute ist an die Stelle dieses Austausches eine steigende Absperrung getreten. Anstatt, daß die Gläubigerstaaten Waren aufnehmen und neue Kredite geben, sperren sie sich durch Schutzzölle oder andere Maßnahmen ab, versuchen Schulden einzutreiben, weigern sich aber, sie in Form von Waren abzunehmen. Die Versuche der Währungsbanken, mit ihren Mitteln die Folgen des Abziehens von Krediten zu mindern, mußten erfolglos bleiben, da sie mit ihrem Gold höchstens Spitzenbeträge der internationalen Verschuldung ausgleichen könnten. Die Anhäufung des Goldes an einigen Stellen ist nicht Ursache, sondern Folge der Krise.“ Wir stimmen mit Herrn Fromein überein. Es kommt uns aber eigentümlich an, daß Fromein und seine ausländischen Kollegen in der I.H.K. es nicht vermögen, ihre Regierungen so weit zu beeinflussen, daß die Schwierigkeiten des internationalen Güter- und Kreditaustausches wenigstens teilweise behoben werden können.

Das Jahr der höchsten Konkursziffern. Im Jahre 1931 wurden in Deutschland 13 599 Konkurse und 8499 Vergleichsverfahren eingeleitet. In den Jahren 1929 und 1930 betrug die Konkursziffer 9846 bzw. 11 340 und die Ziffer der Vergleichsverfahren 4893 bzw. 7062. Die Zahl der Konkursfälle ist gegenüber 1930 um 20 v. H. und die der Vergleichsverfahren um den gleichen Satz gestiegen. Nimmt man allerdings das letzte halbe Jahr, so ist eine Verschlechterung um fast 50 v. H. zu verzeichnen. Das vierte Quartal

Adressenänderungen

- 5. Gau: Etringen. Vorj.: Jos. Meurer, Vulkanstraße 10. — Gummersbach, Bezirksleiter: Stephan Lenz, Bede. Telefon: Gummersbach 2430. — Hochdahl. Kass.: Thomas Felzky, Hochdahl-Kempen Nr. 3.
6. Gau: Haslach. Kass.: Philipp Oswald, Hoffteiler Straße 12. — Rammelsbach, Bezirksleiter H. Luzem.
9. Gau: Breitenborn. Postbezeichnung: Bidingen (Oberhessen) Land.
10. Gau: Somburg. Kass.: Konrad Damm, Mörshausen/Melungen-Land.

schließt sogar mit einer Zunahme von 70 v. H. Wenn man diese geschäftlichen Zusammenbrüche richtig werten will, muß man daran denken, daß das Jahr 1931 das größte Krisenjahr seit Jahrzehnten war und ferner in Berücksichtigung ziehen, daß die deutsche Wirtschaft in all ihren Zweigen von Geschäftsunternehmungen überflutet ist. Von diesem Blickfeld aus beurteilt man die Sache etwas anders. Dennoch ist der Zusammenbruch von 22 000 Geschäftsunternehmungen eine Angelegenheit, an der nicht spurlos vorübergegangen werden kann. Das Trümmerfeld von vernichteten Existenzen ist groß. Bei voller Würdigung dieser Tatsache möchten wir aber nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß es unter den Arbeitern und Angestellten Millionen vernichtete Existenzen gibt. Davon spricht man allerdings weniger.

Die Preise bei den Konjunkturgenossenschaften. Die Preiserhebungen des Zentralverbandes Deutscher Konjunkturvereine gestatten eine Gegenüberstellung der Preise bei den Konjunkturgenossenschaften und dem allgemeinen Warenverkehr. Im Jahr 1931 wies der Konjunkturgenossenschaftliche Ernährungsindex einen Rückgang um 11,2 Prozent auf, während der vom Statistischen Reichsamte errechnete Preisstand 10,2 Prozent nachgab. Die Umjahrrückgänge in den Konjunkturgenossenschaften sind demnach zum Teil auf die starken Abstriche an den Preisen zurückzuführen. Durch die Preisgestaltung der Konjunkturgenossenschaften konnte wenigstens ein Teil des Kaufkraftverlustes der Mitglieder wieder ausgeglichen werden.

Für Angriff und Abwehr

Schwerindustrie fördert NSDAP.

„Der Deutsche“, das Organ der christlichen Gewerkschaften, teilt in Nr. 60 vom 11. 3. 32 mit, daß in Hamborn in dem den Vereinigten Stahlwerken gehörenden Hause Kaiser-Wilhelm-Str. 100a für die NSDAP ein Ladenlokal eingerichtet wurde. Die Handwerker der zum Stahltrust gehörenden August-Thyssen-Hütte, die den Laden einzurichten hatten, mußten Ueberstunden bis zur Bewußtlosigkeit machen, damit er noch rechtzeitig für die Hitlerpropaganda fertig wurde. Die August-Thyssen-Hütte hat sich übrigens auch in der Wahlpropaganda für Hitler beteiligt. Auf dem Dach des Martin-

Auf zur Landtagswahl!

Wir wählen SPD! Wir wählen rot! Das bedeutet: Freiheit, Arbeit und Brot!
Wir wählen SPD! Wir wählen rot! Das bedeutet: Freiheit, Arbeit und Brot!
Wir stimmen für Ordnung im Staat! Wir stimmen gegen den Hitler-Staat!
Für Geltung im Völkerrat! Gegen Terror und Hochverrat!
Für die Verfassung hehres Ziel! Gegen Chaos und Bürgerkrieg!
Für reinen Kampf im Kräftepiel! Gegen des Geldhabs blutigen Sieg!
Für gleiches Recht und gleiche Pflicht! Gegen Betrug, Gewalt und Mord!
Für Lebensraum mit Glück und Licht! Gegen Verleumdung in Schrift und Wort!
Für Menschenwürde, Nächstenliebe! Gegen Verhöhnung der schaffenden Massen!
Für Mitbestimmung im Betriebe! Gegen Beherrschung der Böller und Kassen!
Für Mitbestimmung in Verwaltung! Gegen brutale Beugung des Rechts!
Für demokratische Entfaltung! Gegen Verhöhnung des jungen Geschlechts!
Für des Volkes Wohlergehen! Gegen geistige Verelendung!
Für Augenmaß im Weltgeschehen! Gegen leibliche Entredung!
Für Aufbau ohne Ende! Gegen Bedrohung und Tyrannie!
Für Gleichheit aller Stände! Gegen Verelendungstriebe!
Für Planung der Produktion! Gegen den Blutausfluß der Körperkoller!
Für Arbeit und gerechten Lohn! Gegen den Haß und Phrasenkoller!
Für Fortschritt, Frieden und Kultur! Gegen Willkür und Diktatur!
Das sei am Sonntag unser Schwur! Das sei am Sonntag unser Schwur!

Heran, alle Mann! Für Freiheit und Brot! Wir wählen SPD! Wir alle wählen rot!

Werks II und auf einem großen Gasrohr über der Kaiser-Wilhelm-Straße ließ sie die Inschriften „Wählt Hitler“ in der Nacht vom 5. bis 6. März anbringen. Es ist wohl das erstmalig in der Geschichte, daß sich die Exponenten des deutschen Scharfmachertums ausgerechnet zur Wahlhilfe für einen „Arbeiterführer“ verstehen. Wer jetzt noch glaubt, daß die NSDAP wirklich eine „Arbeiter“-Partei ist und in ihr nicht den bezahlten Kettenhund der Schwerindustrie erkennt, dem ist nicht mehr zu helfen.

NSDAP und Arbeitslosigkeit.

Die „seriöse“ NSDAP-Literatur bemüht sich in der letzten Zeit um das Problem der Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung. So hat in einem wirtschaftspolitischen Verlag GmbH., Berlin W 35, Am Karlsbad 19, ein Herr Oskar Lorenz, der sich als Referent für Sozialpolitik in der Reichsleitung der NSDAP. bezeichnet, eine Broschüre herausgegeben, die unter dem Titel: „Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ die nationalsozialistischen Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit enthält. Lorenz bringt nichts Neues, empfiehlt Siedlung, Arbeitsdienstpflicht und inflationistische Maßnahmen. Hestig nimmt er gegen die Forderungen der Gewerkschaften zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Stellung.

„Die erste Forderung der Gewerkschaften ist Verkürzung der Arbeitszeit. 40-Stunden-Woche! Als ob das deutsche Volk an einem Uebermaß von Arbeit zugrunde ginge und nicht an der Arbeitslosigkeit! Wenn die Gewerkschaften den Arbeitslosen durch Einführung der 40-Stunden-Woche Arbeit verschaffen wollen, so machen sie alle deutschen Arbeiter zu Hungerleibern. Im nächsten Jahr können wir dann bei der 20-Stunden-Woche angelangt sein, im übernächsten bei der 10-Stunden-Woche. Das ist nicht nur volkswirtschaftlicher Wahnsinn, das ist Verrat an der deutschen Arbeiterkraft. Eine Erhöhung der Geldlöhne würde heute lediglich inflationistische Wirkungen hervorrufen und die Reallohne des Arbeiters nicht erhöhen, sondern viel eher gefährden. Durch den Abbau der Agrarzölle, den die Gewerkschaften fordern, würde die letzte sichere Arbeitsgelegenheit, die das deutsche Volk hat, zerstört werden.“

Der Herr Referent für Sozialpolitik von der Reichsleitung der NSDAP. würde gut tun, bei irgendeiner Universität volkswirtschaftliche Anfängerübungen zu belegen. Auch die „Nationalsozialistischen Monatshefte“ widmen ihr Februarheft der Frage der Arbeitsbeschaffung. In einem grundsätzlichen Aufsatz wird mit vielen rechnerischen Taschengeldrechnungen ein Arbeitsbeschaffungsprogramm empfohlen, dessen Finanzierung unmöglich ist. Die ganze Stellungnahme zur Finanzierungsfrage gipfelt in dem Satz:

„Notstandsarbeiten sind Kapitalanlagen der Volkswirtschaft und müssen aus grundsätzlicher und praktischer Notwendigkeit ohne Zulassung des Leihkapitals finanziert werden.“

Ueber das „Wie“ gleitet der Autor (Bernhard Köhler) immer wieder hinweg.

NSDAP gegen Wohlfahrtserwerbsloje.

Wie die „Schwäbische Volkszeitung“ vom 24. Oktober 1931 mitteilt, erklärte der nationalsozialistische Stadtrat Schneider am 23. Oktober 1931 im Augsburgener Stadtparlament:

„Es geht uns Nationalsozialisten gar nichts an, ob und woher Geld für die Wohlfahrtserwerbslojen kommt.“

Jeder nochmals gegen die Sozialisierung.

In Nr. 2 des „Arbeitertums“ vom 15. 3. 32 findet sich ein Bericht über einen Vortrag des nationalsozialistischen Abgeordneten Gottfried Feder, in dem dieser erklärt:

„Im Bereich der Produktion lehnt der Nationalsozialismus alle Sozialisierungsexperimente ab.“

Deswegen ist Feder vermutlich Nationalsozialist!

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen, Bezirken u. Gauen

Verjammlungen:

- Sonntag, 24. April: In Essen um 10 Uhr bei Becker, Schwanenkampstraße, Bücherkontrolle. In Mainz um 9.30 Uhr im Goldenen Pflug.
Sonntag, 8. Mai: In Grünberg um 9 Uhr bei Tschau.

In Schwarzenbach a. S. hat sich an dem Streik bei der Firma Morgeneier (wegen 20 Prozent unter dem letzten Lohnabbau) noch nichts geändert. Jeder, der Widerspruch auf den Namen „Kollege“ erhebt, meidet die genannte Firma.

Bezirk Würzburg: Das Steinmehlgeschäft Anton Bau, Witwe, in Grünsfeld in Baden weigert sich, den Tarif einzuhalten. Der Platz ist deshalb gesperrt, den jeder Kollege unbedingt zu meiden hat.

Gau 5. Im „Steinarbeiter“ Nr. 15 wurde bereits auf das holländische Unternehmen im Ruhrlandsteingebiet hingewiesen und dabei auch der geplante 500 Meter lange Stollen vom Steinbruch bis zum Wasserweg erwähnt, zur Vereinfachung und Verbilligung des Transports. Die Arbeiten für den Stollen sollen nun beschleunigt werden, wodurch Steinarbeiter Arbeit finden können. Die Tiefbaufirma Thiel-Essen, der diese Arbeiten übertragen wurden, sucht nun in allen Steinarbeiter-Bezirken tüchtige Steinarbeiter bei „lehndendem“ Verdienst. Bemert sei, daß die im Stollenbau Beschäftigten genau dieselbe Arbeit ausführen müssen, wie in einem Steinbruche. Zur Zeit sind ungefähr 70 Personen eingestellt worden, wovon ein großer Teil noch nie einen Steinbruch von innen gesehen hat. Es werden täglich 10 Stunden verfahren, ohne entsprechender Bezahlung von Ueberstundenzuschläge. Der tarifliche vereinbarte Stundenlohn beträgt zur Zeit für den Facharbeiter 90 und für den Hilfsarbeiter 71 Pfg. Genannte Firma begahlt nun Fach- oder Hilfsarbeitern 64 Pfg. Nachdem im Stundenlohn nach Ansicht der Firma nicht genügend geleistet wird, wurde Afford eingeführt, und verdient nunmehr der größte Teil, bei schwerer Arbeit, kaum 50 Pfg. die Stunde, während nach den tariflichen Bestimmungen im Afford mindestens 20 Prozent mehr verdient werden muß. Bezwert sich nun ein Arbeiter wegen des niedrigen Lohnes, dann heißt es: „Wenn es Ihnen nicht paßt, dann scheren Sie sich raus.“ Dem Gewerkschaftsvertreter wird der Zutritt zum Betriebe und zur Kantine verwehrt. Die Firma erklärt, daß sie mit solchen Leuten nichts zu tun haben will. — Die einheimischen organisierten Steinarbeiter erhalten keine Beschäftigung, auch dann nicht, wenn sie unter Tarif arbeiten würden. Der Grund ist leicht zu erraten, es wird befürchtet, daß die bereit Beschäftigten aufgefllärt werden und sich dann gemeinsam gegen diese unerhörte Ausbeutung wehren.

Von weit und breit kommen nun Arbeitslose auf die verlockenden Zeitungs-Anzeigen und stehen mittellos auf der Straße, wenn sie nicht Verräter an ihren eigenen Berufscollegen sein wollen. Aus dem Magener Borsdorf-Gebiet ist ebenfalls eine Anzahl auf die Anzeigen hereingefallen, haben sich das Jahrgeld für die vierstündige Fahrt irgendwo geliehen und ziehen nun verbittert und enttäuscht nach Hause. Es ist ja auch nicht möglich, mit 64 Pfg. Stundenlohn einen doppelten Haushalt zu führen.

Alle Steinarbeiter werden dringend ersucht, bevor sie auf solche Anzeigen hereinfallen, vorher Auskunft bei der Ortsverwaltung unseres Verbandes einzuholen. Wie die Erfahrung lehrt, halten es die berufsfremden Arbeiter bei der ungewohnten Steinbrucharbeit nicht lange aus und verschwinden nach einigen Tagen wieder.

Nach § 90 Ziffer 1 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung kann ein Arbeiter die ihm angebotene Arbeit verweigern, wenn nicht der tarifliche Lohn, der in diesem Falle der im Beruf ortsübliche Lohn ist, gezahlt wird. Hat ein Arbeiter die ihm angebotene Arbeit angenommen und verweigert diese nachträglich, dann wird ihm die Arbeitslosenunterstützung auf Wochen entzogen.

Bezeichnend ist, daß auch einige einheimische sog. NSD für den Lohn von 64 Pfg. arbeiten. Sie sind aus dem Verbandsausgetreten, weil dessen Führer angelich zu nachgiebig sind.

Sparked. Derliche Reiseunterstützung kann nicht mehr verabsfolgt werden.

Verlorene Mitgliedsausweise. In Lauban das Verbandsbuch Nr. 8156 für Erwin Walte r, Werkzeugschmied; Nr. 8249 für Alfred Gähner, Hilfsarbeiter.

Neue Bücher und Zeitschriften

„Der Bucharfreis“, Vierteljahrszeitschrift, 8. Jahrgang, 1932, Heft 2. Sonderheft „Kriminalität und Gesellschaft“, 32 Seiten. Typographische Ausstattung von Jan Tschichold, München. Verlag: „Der Bucharfreis“, G. m. b. H., Berlin SW 61, Preis 50 Pfennig (österreichische Schilling 1; tschechische Kronen 4). „Kriminalität und Gesellschaft“ — das ist heute, im Zeitalter der großen Standalprozesse und in einer Zeit, wo der Kriminal- und Detektivroman sich der Gunst der großen Leserschaft erfreut, ein Thema, das uns alle interessiert. Es kann aber so und auch so zur Diskussion gestellt werden. Hier, in dem neuen Bucharfreisheft, wird das Problem von der gesellschaftlichen Wurzel her angepaßt und erörtert. Weiter enthält das Heft eine Anzahl wichtiger geschäftlicher Mitteilungen: Bekanntgabe der Beitrags- und Preisherabsetzungen (Monatsbeitrag nur noch 90 Pfennig; Bandpreis jetzt nur noch 2,70 Mark); Antündigung der Neuerscheinungen. Es ist wirklich nicht allzu schwer, unter Hinweis darauf dem Bucharfreis neue Freunde und Mitglieder zuzuführen!

Kampf der Kräfte! Mitarbeiterzeitung der Eisernen Front. Die reich ausgestattete und sowohl technisch wie künstlerisch hervorragende Mitarbeiterzeitung ist eine Kampfschrift geworden. Eine Kampfschrift für den Kampf in der Eisernen Front! Preis 20 Pfennig. Verlag J. S. W. Dieckhoff, G. m. b. H., Berlin SW 68.

Anzeigen

Pflasterhämmer

aus bestem Schweisstahl Rammen, Brechstangen und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb Otto Teske, Berlin N 31 Brunnenstraße 82

Die Bezugsquelle für alle Literatur

des In- und Auslandes ist für jeden unserer Berufskollegen und seinen Angehörigen die Verlagsgesellschaft des Allgem. deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Inselstraße 6a. Man wende sich deshalb im Bedarfsfalle vertrauensvoll an die genannte Adresse.

Geforben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

Strasburg (Uckermark). Am 26. März der Steinschneider Ernst Fällmer, 54 Jahre alt, 5 Jahre krank, Lungeneuzündung.

Kamezn. Am 27. März der Granitsteinmetz Gustav Hönts ch, 63 Jahre alt, 37 Wochen herzkrank.

Greiz. Am 11. April der Steinschneider Paul Lippold, 65 Jahre alt, 14 Tage krank, Magenkrebs.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung Hermann Siebold Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig; Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Zum 24. April

Was die Nationalsozialisten und ihre Bundesgenossen auf dem Wege über die Reichspräsidentenwahl nicht erreicht haben, das hoffen sie in einer letzten großen Kraftanstrengung am 24. April zu erreichen. Nicht nur in Preußen, sondern auch in Bayern, Württemberg, Hamburg und Anhalt wird am 24. April durch die Zusammenführung der Länderparlamente bestimmt. Aber von ausschlaggebender Bedeutung für die innere und äußere Politik Deutschlands sind hauptsächlich die Preußenwahlen, die entscheidend für das Geschick der deutschen Republik sein werden. Denn Preußen in seiner Größe, das nach Umfang und Bevölkerung drei Fünftel Deutschlands umfaßt, mit seiner umfangreichen Verwaltung, mit seiner starken Polizei bedeutet in der Tat heute wie vor einigen Jahrzehnten Deutschland. In Thüringen und in Braunschweig konnte und kann man das Experiment nationalsozialistischer Mitregierung wagen. Aber schon diese Beispiele zeigen, was gerade die Masse des Volkes, gerade die Arbeiterklasse, dabei zu riskieren und dabei zu verlieren hat. Die nationalsozialistische Mitregierung in Thüringen und in Braunschweig hat eine Welle von Beunruhigung und Schwierigkeiten nicht nur in diesen beiden Ländern, sondern in ganz Deutschland hervorgerufen. Wenn das schon erfolgte auf Grund der Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten in zwei kleinen deutschen Ländern, wieviel größer erst würde das Unheil für Staat und Wirtschaft sein, wenn sich in Deutschlands größtem Land, Preußen, die gleichen Kräfte der Herrschaft über Polizei und Schule, über Verwaltung und Exekutive bemächtigen würden.

In dem von der Wirtschaftskrise bedrohten Deutschland würden die Folgen einer solchen politischen Machtverschiebung zuerst und zu meist die Arbeiterklasse treffen. Es darf niemals übersehen werden, daß die Ausführung der in der Verfassung und in den verschiedenen Reichsgesetzen niedergelegten Rechte der Arbeiter von der Verwaltung der Länder erfolgt. Sozialgesetze, Arbeiterschutz, Koalitionsfreiheit würden zu leeren Worten und Begriffen ohne Inhalt, wenn nicht die Länder ihre Innehaltung und Durchführung garantieren.

Aus Anlaß dieser Länderwahlen am 24. April geht ein Geschrei durch das Land: Wer hat uns verraten? Die Sozialdemokraten! Der rührige Dieb-Verlag hat soeben eine Broschüre von Eugen Prager herausgebracht mit dem Titel "Wer hat uns verraten?" Für 10 Pfennig ist diese klare und präzise Schrift in allen Parteibuchhandlungen zu kaufen. Jeder Kollege, der klar bilden will bei diesem Verratsgeschrei, sollte sich diese Broschüre zulegen. Wir entnehmen ihr das Nachstehende:

An allem sollen die Sozialdemokraten schuld sein. An den 6 Millionen Arbeitslosen, an den Zusammenbrüchen in der Geschäftswelt und Bankwelt, an den Riesenskandalen der Nordwolle, Danabank und Danabank, an der schlechten Lage der Landwirtschaft, an fallenden Löhnen und an steigenden Preisen, an niedrigen Unterstufungen und hohen Steuern.

Es gibt, kurz gesagt, kein Uebel, an dem nicht die Sozialdemokraten schuld wären. So behaupten es die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen auf der einen, die Kommunisten auf der anderen Seite. Aber zum Glück sind die Rezepte bereits geschrieben, an denen das deutsche Volk wieder gesunden soll.

Die Kommunisten rufen: Machen wir aus Deutschland einen Sowjetstaat!

Die Deutschnationalen verkünden: Laßt uns wieder zu den Fleischtöpfen des Kaiserreichs zurückkehren, vertraut euch unserem großen Führer Hugenberg an!

Die Nationalsozialisten brüllen: Her mit dem Dritten Reich! Heil Hitler, dem Siegreichen, dem Unüberwindlichen, dem Bringer allen Segens!

Das erste Rezept. Aber hier schon staden wir. Es fällt uns nämlich gerade ein, daß es schon ein Land gibt, in dem sich seit rund einem Jahrzehnt der Faschismus, das Vorbild des deutschen Nationalsozialismus, an der Macht befindet.

Das ist Italien.

Aber in Italien sieht es womöglich noch schlimmer aus, als im heutigen Deutschland. Die Arbeitslosigkeit ist dort im Verhältnis weit größer als bei uns, Unterstufungen gibt es nur für einen geringen Teil der hilfsbedürftigen Bevölkerung, die Schöte rauchen nicht, die Klempner können nicht löten, die Schneider nicht nähen, die Käufer nicht zahlen.

Dem unter faschistischer Gewaltherrschaft stehenden Italien geht es ebenso schlecht wie unserem Deutschland, es geht ihm weit schlechter als den meisten demokratisch regierten Ländern. Und das ist das Vorbild für die deutschen Nationalsozialisten!

Das zweite Rezept. Und wie steht es um das deutsche nationale Rezept? Das kaiserliche Deutschland ist 1918 in Blut und Schande versunken. Wilhelm der Letzte desertierte nach Holland. Er mußte abdanken, nachdem er sich allerdings erst die Zuficherung verschafft hatte, daß sein und seiner Familie Vermögen und Eigentum geschützt werde.

2 Millionen Tote, viele Millionen Krüppel, Witwen und Waisen, eine zerrüttete Wirtschaft, ein halbverhungertes Volk, das war die Erbschaft, die das kaiserliche Deutschland der Republik hinterließ.

Das dritte Rezept, das sich "Sowjetdeutschland" nennt. Bei uns soll es ebenso werden, wie in Rußland. Seit fast 15 Jahren steht das ehemalige Zarenreich unter bolschewistischer Herrschaft. Die Kommunisten behaupten, daß es dort keine Arbeitslosigkeit mehr gebe. Ob das stimmt, kann nicht ohne weiteres behauptet werden, denn sicher ist nur das eine, daß die Arbeitslosenunterstützung in Rußland abgeschafft ist. Es gibt Leute, die auf Kosten der russischen Regierung im Lande herumgereist sind und nicht genug loben können, was sie dort gesehen haben. Die russischen Arbeiter selbst dürfen nur das sagen, was von den Sowjetbehörden gutgeheißen wird.

Aber in zahllosen Fällen haben deutsche Arbeiter, die als Spezialisten in Rußland längere Zeit tätig waren, berichtet müssen, daß die Arbeitslosen in Deutschland besser leben als die arbeitenden Menschen in Sowjetrußland.

Die Sozialdemokratische Partei hat niemals solche Wunderrezepte aufgestellt. Sie hat sich immer davor gehütet, Versprechungen zu machen, von denen sie wußte, daß sie nicht erfüllt werden können.

Während die andern ihre Glaubenslehren verbreiteten, hat die Sozialdemokratie gearbeitet und geschwiegen.

Als nach dem verlorenen Kriege Volk und Staat zusammenzubrechen drohten und die früheren Machthaber sich vor dem Zorn der getäuschten und betrogenen Massen zu verbergen suchten, da übernahm die Sozialdemokratie die fürchterlich schwere Aufgabe, Deutschland im letzten Augenblick vor dem Untergang zu retten. Arbeit für das Volk war, was die sozialdemokratischen Volksbeauftragten damals geleistet haben.

Man muß bei alledem berücksichtigen, daß sich die sozialdemokratische Arbeit unter den entsetzlichen Nachwirkungen von vier-einhalb Jahren Weltkrieg, des größten Gemetkels aller Zeiten, vollzogen hat. Die Erfolge wären viel größer gewesen, wenn hinter der Sozialdemokratischen Partei, wie vor dem Kriege, die einige Arbeiterklasse gestanden hätte.

Und darum sagen wir: Verraten haben nicht die Sozialdemokraten,

verraten haben die Leute, deren einziges Geschäft darin besteht, die Arbeiterklasse zu spalten und damit zu schwächen.

Die "Deutsche Allgemeine Zeitung", ein Blatt, das vom Großkapital ausgehalten wird, schrieb am 22. Februar 1932:

„Die Kommunistische Partei ist praktisch eine wertvolle Hilfs-

truppe des Bürgertums.“

Und am 29. Februar 1932 konnte man aus Anlaß der Reichspräsidentenwahl in dem gleichen Blatt das Folgende lesen:

„Herr Thälmann, der Kandidat und Reitergeneral einer auswärtigen Großmacht, scheidet als ernsthafter Bewerber aus. Seine und seiner Partei geschichtliche Aufgabe besteht, wenn wir uns einmal ihres eigenen Sprachgebrauchs bedienen wollen, ausschließlich darin, das Proletariat Deutschlands zu spalten und zu schwächen.“

Man könnte einwenden, daß das die Äußerungen eines bürgerlichen Blattes seien, also nicht vollwertig genommen werden könnten. Die kommunistische Parteileitung selbst aber erklärt ganz offen, daß sie nur die eine Aufgabe kenne, der Sozialdemokratie in den Rücken zu fallen und damit die Arbeiterklasse zu schwächen. In der kommunistischen Zeitschrift „Die Internationale“ vom Februar 1932 wird ganz eindeutig erklärt:

„Die Richtung des Hauptstoßes unserer Politik gegen die Sozialdemokratie, als die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie, muß mit größter Festigkeit gegen alle Spaltungen durchgesetzt werden.“

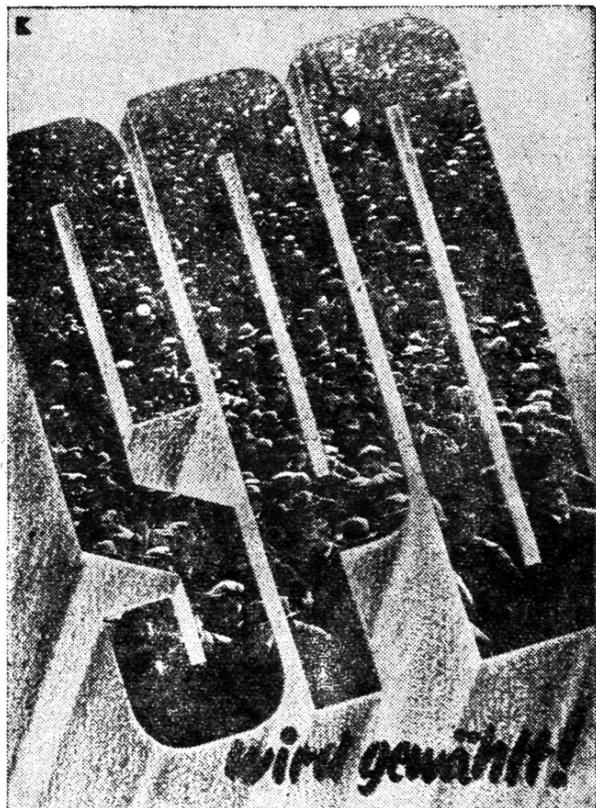
Wir führen bei den Präsidentschaftswahlen, genau wie bei den bevorstehenden Preußenwahlen, im Rahmen unseres Kampfes gegen das kapitalistische System den Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie...“

In dieser verbohrtten Auffassung sehen wir die Ursachen davon, daß der Einfluß der Arbeiterklasse auf den Staat und seine Organe, auf Gesetzgebung und Verwaltung in den letzten Jahren immer schwächer geworden ist.

Wer den Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie richtet, der bekämpft nicht das kapitalistische System, sondern stützt und kräftigt es.

So erklärt es sich auch, daß der Nationalsozialismus, die deutsche Form des italienischen Faschismus, bei uns so sehr an Boden gewinnen konnte.

Von der zweiten Truppe, die den Kampf gegen die Sozialdemokratie führt, von den Deutschnationalen und dem Stahlhelm,



ist nicht viel zu sagen. Es genügt, daran zu erinnern, daß diese Partei die feste Stütze der Schwerindustrie, des Bankkapitals und des Großgrundbesitzes ist. Sie will nichts anderes sein, als die Vertreterin des kapitalistischen Systems, ihre Farben sind Schwarz-Weiß-Rot, die Fahne des kaiserlichen Monarchismus.

Und mit diesen offenen Feinden des arbeitenden Volkes haben die Kommunisten unzählige Male in einer Front gestanden. Während sie es ablehnten, gemeinsam mit der Sozialdemokratie die kapitalistische und politische Reaktion zu bekämpfen, haben sie sich immer wieder mit den Deutschnationalen zum Sturze der preußischen Regierung zusammengefunden, nur weil in dieser Regierung auch zwei Sozialdemokraten saßen.

Wirklicher Verrat an den Interessen des arbeitenden Volkes war es, als die Kommunisten im Jahre 1931 den vom Stahlhelm, von den Deutschnationalen und von den Nationalsozialisten veranlaßten Volksentscheid gegen die preußische Regierung Braun unterstützten.

Und die Nationalsozialisten! Es gibt nichts, was die Leute vom Hakenkreuz den Massen nicht versprechen. Im Dritten Reich, so verkündet der dichterische Pa. Martin, wird der Bauer wieder säen, der Schneider wieder nähen, der Klempner wieder löten und der Tischler wieder leimen. Herr Martin selbst braucht allerdings nicht erst auf das Kommen des „Dritten Reiches“ zu warten, denn er reimt jetzt schon, daß es nur eine Art hat.

Wir haben aber schon in den letzten Jahren einen Vorgeschmack davon bekommen, wie es im Dritten Reich wirklich aussehen wird. Bei solchen Versprechungen muß man es immer mit dem Worte von Luther halten, wonach man nicht aufs Maul, sondern auf die Faust, nämlich auf die Taten sehen soll.

Das nationalsozialistische Maul verspricht alles. Wie sehen aber die nationalsozialistischen Taten aus? — Wir brauchen aber gar nicht auf das „Dritte Reich“ zu warten. Schon heute ist die Nationalsozialistische Partei nichts anderes als ein ausgemachter Bonzenapparat.

Der Oberbonze Adolf Hitler bewohnt in München ein Palais, dessen Miete 80 000 Mark im Jahre beträgt. Wenn er nach Berlin kommt, logiert er im „Kaiserhof“, dem vornehmsten Hotel der Reichshauptstadt. Die Hotelrechnungen belaufen sich auf Tausende von Mark.

An Adolf Hitler wird gerühmt, daß er das feudalste deutsche Automobil besitzt. In seiner Umgebung wimmelt es von einem Stab von Bonzen, die Monatsgehälter zwischen 1200 und 1800 M. erhalten, daneben noch fürstliche Reisespesen.

Im Reich unterhält die Nationalsozialistische Partei eine ganze Armee von Bonzen. Da gibt es Führer und Unterführer, Gauleiter und Pressechefs, Stabsleiter und Privatsekretäre, alle mit riesigen Gehältern und Speesen. Sie sitzen in den vornehmsten Häusern der Großstädte, sie fahren in den teuersten Autos, sie

können sich die besten Anzüge und die schmutzigen Uniformen gestatten.

Die Nationalsozialistische Partei unterhält eine Bürgerkriegsarmee, die SA, und die SS, deren Kopfstärke sie selbst auf mehrere hunderttausend angibt. Zur Ausrüstung und Verpflegung dieser Mannschaften gehören riesige Geldmittel.

Der „Kampfsack“, den Adolf Hitler allein für seine „Münchener Zweide“ gesammelt und verbraucht hat, beträgt nach unwidersprochenen Meldungen rund 1 1/2 Millionen Mark.

Der Aufwand, den die Nationalsozialistische Partei innerhalb Jahresfrist getrieben hat, ist mit 100 bis 120 Millionen Mark nicht zu gering geschätzt.

Woher kommen die Gelder, mit denen der nationalsozialistische Bonzenapparat unterhalten werden muß?

Hier ist die Antwort: Die Gelder stammen nur zum kleinsten Teile aus den regelmäßigen Beiträgen der nationalsozialistischen Parteimitglieder. Der allergrößte Teil strömt aus den Geldbörsen der Schwerindustrie, des Bankkapitals und des Großgrundbesitzes. Und: internationaler Konzerne.

Die Nationalsozialistische Partei ist nichts anderes als die Nationalgarde des deutschen Großkapitals zur Niederkämpfung der deutschen Arbeiterbewegung.

Ihr sucht nach Verrat? Hier habt ihr ihn!

Das Dritte Reich von heute verkörpert sich in der Nationalsozialistischen Partei als der Schutztruppe des Kapitals. Wie das Dritte Reich von morgen aussehen wird, das haben wir unzählige Male aus dem Munde der nationalsozialistischen Führer selbst erfahren.

Verrat wird geübt von den Nationalsozialisten, die alle politischen Freiheiten und sozialen Rechte in Deutschland zerfallen und die werttätige Bevölkerung dem Großkapital als eine Masse von willenlosen Sklaven ausliefern wollen.

Verrat wird geübt von der kommunistischen Parteileitung, die durch ihre fortwährenden Spaltungen und Sonderaktionen, durch ihren Kampf gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften dem Faschismus in die Hände arbeiten.

Was aber bedeutet es, wenn die Republik vernichtet und das „Dritte Reich“ unter faschistisch-kapitalistischer Diktatur errichtet wird? Ihr erkennt es an zwei Zahlen:

Der gesamte Sozialaufwand (Krankenversicherung, Unfallversicherung, Invalidenversicherung, Angelegenheitsversicherung, Knappschaft, Arbeitslosenversicherung) des Kaiserreichs betrug 1913: 1371,2 Millionen Mark.

Der Sozialaufwand der viel ärmeren deutschen Republik aber betrug 1929: 7368,5 Millionen Mark; dazu kommen noch 2,5 Milliarden Mark, die für die Kriegsbeschädigten verausgabt worden sind.

Und nun eine Frage zum Schluß: Wollt ihr mit den Nationalsozialisten zurück in die Zeiten der schrankenlosen Ausbeutung der Arbeitskraft, der Gefährdung und der Leibeigenschaft, der Almosenbettelei, der geistigen und politischen Unfreiheit?

Oder wollt ihr mit der Sozialdemokratischen Partei kämpfen für die Ausgestaltung des republikanischen Staatswesens zu einem freien Volksstaat, für die Beseitigung der kapitalistischen Lohnknechtschaft, für die Verwirklichung einer höheren, der sozialistischen Gesellschaftsordnung?

Die Antwort für alle, die zu den arbeitenden Klassen zählen, kann nur sein:

Wir kämpfen mit der Sozialdemokratie und wählen am 24. April deren Liste!

Wie sich die Arbeiterbank im Krisensturm behauptete

Erst vor wenigen Wochen wurde die Öffentlichkeit von dem Sanierungswerk der Großbanken durch das Reich überrascht. Das Jahr 1931 hat den deutschen Großbanken Verluste von mehr als 700 Millionen Mark gebracht. Daneben war noch der Einfluß gewaltiger öffentlicher Mittel notwendig. Unter dem Eindruck dieser Wirtschaftstransaktion sondersgesehen stand man noch, als die Arbeiterbank ihren Geschäftsbericht der Öffentlichkeit übergab. Dessen Durchsicht ist äußerst interessant. Wir haben hier das Beispiel einer soliden Geschäftsgebarung, einer Vorsicht frei von allen spekulativen Momenten, die man als Grundlag bei allen Bankinstituten gewünscht hätte. Die Arbeiterbank ist von Unzigen von Auslandsguthaben unberührt geblieben. Natürlich vermochte sie eine Schmälerung des Einlagenbestandes nicht zu vermeiden, sitemals die Gewerkschaften und die übrigen Einleger der Arbeiterschaft von der Krise ebenfalls hart betroffen sind. Der Einlagenbestand sank von 168 auf 135 Millionen Mark. Es ist notwendig, einige Sätze aus dem Geschäftsbericht zu zitieren: „Danke der Politik weitgehender Liquidität, die unser Institut von allem Anfang an betrieben hat, war die Mobilisierung ohne Schwierigkeiten möglich, zumal es in der gleichen Zeit gelang, die Außenstände nicht unwesentlich zu vermindern. Sehr günstig wirkte sich die hohe Liquidität des Institutes an dem kritischen 13. Juli 1931 aus, an dem wir ohne jede Einschränkung alle Wünsche der Einleger befriedigen konnten. Diese Tatsache sowie die den Interessen der Kundenschaft angepaßte weitherzige Handhabung der Ueberleitungsvorschriften in den folgenden Wochen hat wesentlich dazu beigetragen, das Vertrauen der Kundenschaft zu unserem Institut nicht nur zu erhalten, sondern weiter zu stärken. Es war infolgedessen auch ein vergebliches Bemühen der gewerkschaftsfeindlichen Kreise in Presseöffentlichungen und in Versammlungen durch Verbreitung falscher Nachrichten Mißtrauen gegen die Arbeiterbank zu wecken... Wir können feststellen, daß im allgemeinen die Abhebungen bei dem Institut lediglich auf echten Geldbedarf, nicht aber auf Vertrauensminderung beruhen.“

Naturngemäß war ein Rückgang des Gesamtumsatzes entsprechend den fürchterlichen Verhältnissen des verflohenen Jahres nicht zu vermeiden; er beträgt 3,068 Milliarden Mark, gegenüber 3,363 Milliarden Mark im Jahre 1930. Die selbständigen Zahlstellen der Bank wurden vermehrt durch Einrichtung solcher in Dortmund und Lübeck, zu denen später noch eine in Leipzig trat. Die in der Bilanz ausgewiesenen Bankguthaben verteilen sich mit 74 v. H. auf Banken des Reiches, der Länder sowie sonstige öffentlich-rechtliche Banken und mit 26 v. H. auf Großbanken und erste Privatbanken. Die übrigen flüssigen Mittel, die sofort greifbar sind, sind gegenüber dem Vorjahr um 5,67 Milliarden Mark erhöht. Die Liquidität der Arbeiterbank steht also nach wie vor außer Zweifel. Die von ihr erworbenen Wertpapiere zur Anlage der Spargelder usw. sind vorzüglich bewertet. Sie wurden noch weit unter den amtlichen Bilanzkursen eingekauft, so daß erst ein Verlust eintreten würde, wenn es noch weit schlimmer kommt. Die Arbeiterbank brauchte keine eigenen Akteure zur Beschaffung von Auszahlungsgeldern zu begeben, wodurch sie sich vorteilhaft von anderen Instituten unterscheiden dürfte. Die Bank der Gewerkschaften weist nur einen offenen Gewinn von 583 000 Mark aus. Das Gewinnergebnis ist nach wesentlich günstiger, weil die Leitung des Institutes es für zweckmäßig erachtete, erhebliche Rückstellungen vorzunehmen, damit eine noch weitere innere Stärkung eintreten konnte. Eine Dividende wird nicht verteilt, so daß auch der offene Reingewinn zur Stärkung des Instituts verwandt wird. Ueberblickt man die Geschäftsergebnisse der Arbeiterbank, so können die Einleger dieses Institutes auch der nächsten Zukunft mit aller Sicherheit entgegen sehen. Die Arbeiterbank hat den schweren Sturm der letzten 10 Monate überstanden und wird auch in Zukunft allen Schwierigkeiten zum Trotz sich günstig zu behaupten vermögen. Das ist eine Leistung, die Anerkennung verdient und wahrscheinlich erst in späterer Zeit richtig gewürdigt wird.

Strahlen, Kirchen, Schiffe und Pyramiden, Bahnen, Autos, Krane und Fräsmaschinen. All das waren große und kleine Stücke, Nach wie vor fällt Stein um Stein jede Röhre.

Aus Betrieb, Technik, Wirtschaft in der Steingewinnung, Steinbearbeitung und im Steinstraßenbau

Bernen, wissen, tüchtig werden. Macht uns wendig, wacker, rein. Wieviel Meister sind auf Erden! Warum soll ich kein Meister sein!

Der Ueber- und Unterbogen

Von G. Wachtmann, Magdeburg-S.

II.

Beginnt der Bogen in einer an- oder absteigenden Linie, genannt „Steigungslinie“, so entsteht bei genügender Weiterführung immer der „ganze Bogen“, bei kurzer Linienführung dagegen häufig das „Bogenstück“.

„Anfangssteigung“ ist wieder gleichbedeutend mit „Anfangsgefälle“. Dasselbe gilt auch für „Endgefälle“ und „Endsteigung“. Alle sind „Steigungslinien“ oder „Tangentenlinien“ für den späteren Anstoß. Die Zahlen, welche das Steigungsverhältnis derselben ausdrücken, werden wie zuvor durch stärkeren Druck hervorgehoben.

B. Der ganze Bogen.

a) Der Scheitelpunkt S ist Ausgangspunkt. Stößt man zwei gleiche oder ungleiche Parabeläste aus Tafel I im Punkt A zusammen, so entsteht der „ganze Bogen“. Er kann Ueber- oder Unterbogen sein. Der gemeinsame Scheitelpunkt ist dann nicht mehr „A“, sondern „S“.

Figur 10 zeigt einen solchen ganzen Bogen als Ueberbogen. Er besteht aus zwei gleichen Parabelästen. Die mathematische Bezeichnung hierfür ist der „volle Parabelbogen“. — A und E bezeichnen stets Bogenanfang und Bogenende.

Anmerkung 1. Die durch S gezogene waagerechte Linie ist die Scheitellinie. Die Scheitellinie ist hier nur zur Veranschaulichung gezeichnet, praktisch ist sie bei einem „ganzen Bogen“ bedeutungslos, weil sie hier Anstoßwende nicht dient.

Anmerkung 2. Der Steigungsunterschied der Linien bei A und E beträgt wieder je 1 Teil und bei allen übrigen Bogenpunkten, das heißt zwischen zwei anstoßenden Sehnen, immer 2 Teile, auch bei S, denn von der Scheitellinie abwärts ist bei S der Unterschied beiderseits je 1 Teil.

Figur 11. Der „ganze Bogen“ ist hier ein Korbbogen. Werden zwei ungleiche Parabeläste in S zusammengeführt, hier mit ungleicher Sehnenlänge, so entsteht ein mathematisch genauer Korbbogen mit dem Stoß in S. Beide Parabeläste haben dann dieselbe Scheitellinie. Der „ganze Bogen“ ist hier wieder ein Ueberbogen.

Anmerkung 3. Nach Figur 4 und 8 kann außerdem eine solche Sehnenverlängerung noch nach jedem Bogenpunkte stattfinden, immer mit weitergeführtem gleichem Stufengefälle. Es entsteht dann ein mehrfacher, immer mathematisch genauer Korbbogen, wie etwa später bei Figur 14.

Anmerkung 4. Die Nichtigkeitsprüfungen nach Teil I sind wieder tünlichst durch gestrichelte Linien angedeutet.

Figur 12. Wie in Figur 11 können auch zwei Parabeläste mit verschiedenem Stufengefälle in S stets als mathematisch genaue Korbbogen zusammengeführt werden. Der „ganze Bogen“ ist auch hier ein Ueberbogen.

Anmerkung 5. Theoretisch besteht noch die Möglichkeit, das Stufengefälle in jedem Bogenpunkte zu ändern. Praktisch ist das aber schwierig und auch unnötig, weil durch Verlängerung oder Verkürzung der Sehnen jeder beliebige Bogen abgesteckt werden kann. Hierzu die Ausführungen zu Figur 4, Teil I.

b) Die Anfangssteigung ist gegeben.

Ist die Anfangssteigung für die Weiterführung gegeben, so bevorzugt man praktisch das immer verwendbare Stufengefälle $\frac{1}{4}\%$. Bei solchen Weiterführungen sind zwei Fälle möglich.

Fall 1. Der Scheitelpunkt „S“ konstruiert sich.

Liegt die Anfangssteigung in der Zahlenreihe:

$$\frac{2}{4}, \frac{4}{4}, \frac{6}{4}, \frac{8}{4} \text{ u. s. f.,}$$

so konstruiert sich mit $\frac{1}{4}\%$ Stufengefälle der Scheitelpunkt „S“ bei genügender Weiterführung stets von selber, wie sich zeigen wird.

Anmerkung 6. Zu beachten ist die gerade Zahlenreihe der Zähler.

Figur 13. Anfangssteigung $\frac{1}{4}\%$. Mit dem bekannten nunmehr abnehmenden Steigungsverhältnis:

$$\frac{6}{4}, \frac{5}{4}, \frac{3}{4}, \frac{1}{4} \text{ u. s. f.}$$

ist S erreicht. Hier beginnt dann der andere Parabelast mit dem zunehmenden Steigungsverhältnis:

$$\frac{1}{4}, \frac{3}{4}, \frac{5}{4}, \frac{7}{4}, \frac{9}{4}, \frac{11}{4}, \frac{13}{4}, \frac{15}{4} \text{ und } \frac{16}{4} \text{ u. s. f.,}$$

so daß wieder der in Anmerkung 2 beschriebene Steigungsunterschied der Linien besteht.

Der Bogen ist wie Figur 10 ein „voller Parabelbogen“. Die Ungleichheit in der Weiterführung der beiden Parabeläste ändert hieran nichts.

Anmerkung 7. Zu Fall 1 gehören auch die Figuren 10, 11 und 12, wenn nicht S, sondern die Anfangssteigung als Beginn der Absteigung angesehen wird. Hierüber noch weitere Ausführungen.

Figur 14. Wie bei Figur 13 ist die Anfangssteigung wieder $\frac{1}{4}\%$. Auch Bogenanfang A liegt an gleicher Stelle. Durch Verlängerung der Sehne schiebt sich S hinaus, hebt sich aber auch gleichzeitig. Der Unterschied im Abstände der Scheitellinie von A bestätigt letzteres. Umgekehrt wird S durch Verkürzung der Sehnen zurückverlegt und gleichzeitig gesenkt. Gegebenenfalls kann A noch in der Anfangssteigung verschoben werden, bis durch Probieren der geeignetste Punkt für S gefunden ist.

Anmerkung 8. Nicht jeder beliebige Punkt kann der Scheitelpunkt S sein, wenn die Anfangssteigung wie hier festliegt.

Anmerkung 9. Die Figur 14 ist ein mehrfacher Korbbogen. Die reinen Bogen stoßen zusammen in S und zwischen $\frac{3}{4}\%$ und $\frac{1}{4}\%$ im absteigenden Parabelast. Zum Vergleich hierzu die einfachen Korbbogen der Figuren 4, 8, 11 und 12.

Figur 15. Die geringste Anfangssteigung zu Fall 1 ist $\frac{1}{2}\%$ oder $\frac{2}{4}\%$, immer mit $\frac{1}{4}\%$ Stufengefälle. Mit dem kurzen Aufstieg:

$$\frac{2}{4}, \frac{1}{4} \text{ u. s. f.,}$$

ist S erreicht. In S kann dann wieder jeder neue Parabelast beginnen.

Anmerkung 10. Die Figur 15 beginnt mit einem sehr flachen Parabelast. Er ist in Teil I abschließend nicht erwähnt, weil die bekannte Steigungsannahme der Linien hier nicht gleich zu erkennen ist. Diese heißt hier nach Tafel I, beginnend in der Scheitellinie:

$$\frac{0}{4}, \frac{1}{4}, \frac{2}{4} \text{ u. s. f.,}$$

Die einzige Sehne ist hier die Linie mit $\frac{1}{4}\%$ Steigerung und die Spannung zu dieser ist der erwähnte Parabelast. Erhält die Sehne den errechneten Stoß, so entstehen zwei neue Sehnen mit dem Stufengefälle $\frac{1}{4}\%$, und jetzt erst erscheint wieder die bekannte Steigungsannahme der Linien:

$$\frac{0}{4}, \frac{1}{8}, \frac{3}{8}, \frac{4}{8} \text{ oder } \frac{1}{4} \text{ u. s. f.,}$$

Bei 12 Metern Sehnenlänge ist zum Beispiel der Stoß in Figur 15 zur Sehne $\frac{1}{4}\%$.

$$\frac{1200}{1600} = \frac{12}{16} = \frac{3}{4} \text{ cm.}$$

Figur 16. Der Vollständigkeit halber soll auch zu Fall 1 das Stufengefälle $\frac{1}{2}\%$ angewendet werden.

Liegt die Anfangssteigung in der Zahlenreihe der vollen Prozentfälle

$$\frac{2}{2}, \frac{4}{2}, \frac{6}{2} \text{ u. s. f.,}$$

so kann das Stufengefälle $\frac{1}{2}\%$ zur Anwendung gelangen. Die Absteigung ist dann mit wenigen Sehnen zwar eine recht beschleunigte, doch immer mit der Einschränkung im Anfangsgefälle. Hierzu die Einleitung zu Figur 13.

Wünscht man solche Einschränkung nicht, so läßt man Figur 15 gelten und macht zu Fall 1 folgenden Satz zur Regel:

„Die Absteigung erfolgt bis zum Scheitelpunkt S hin stets mit $\frac{1}{4}\%$ Stufengefälle.“

Sehnen bis zu 8 m erhalten dann keine Spannung. — Von S aus ist alsdann das Stufengefälle beliebig, weil sich für das spätere Anschlußverfahren jedes Endgefälle eignet.

Anmerkung 11. Figur 16 ist im aufsteigenden Parabelast die Wiederholung der Figur 15 mit Anmerkung 10. Gibt man im laufenden Steigungsverhältnis

$$\frac{2}{2}, \frac{1}{2}, \frac{0}{0}$$

der einzigen Sehne von $\frac{1}{2}\%$ Steigung den zuständigen Stoß, so entstehen zwei Sehnen mit dem Stufengefälle $\frac{1}{4}\%$ und man erhält das bekannte laufende Steigungsverhältnis

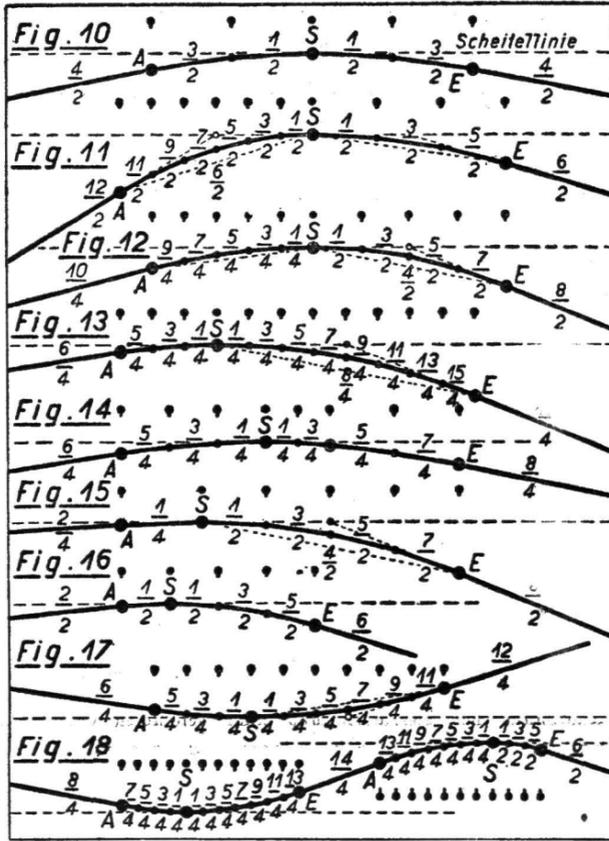
$$\frac{4}{4}, \frac{3}{4}, \frac{1}{4}, \frac{0}{0}$$

Bei 12 Metern Sehnenlänge wäre der Stoß in Figur 16 zu allen Sehnen $1200 \cdot \frac{1}{1600} = \frac{12}{16} = 1 \frac{1}{2} \text{ cm}$

Figur 17 stellt einen „ganzen Unterbogen“ dar, und zwar einen vollen Parabelbogen. Für den ganzen Unterbogen gelten wieder alle Beispiele des ganzen Ueberbogens.

Figur 18. Der S-Bogen besteht hier aus einem ganzen Unterbogen und einem ganzen Ueberbogen. Ersterer ist ein voller

Tafel II. Zehnfach überhöhte Figuren.



Parabelbogen, letzterer ein Korbbogen mit dem Stoß in S. Alle Ausführungen zu Figur 4 gelten auch wieder hier.

Die Linienführung ist auch von rechts nach links denkbar, immer in einem Zuge abgesteckt.

Ueber Absteigungen, die sich für den Anstoß von beiden Seiten her entgegengesetzt werden, noch später.

Anmerkung 12. Der flachste S-Bogen hat bis hierher im Sinne der Anmerkung 10 folgendes laufende Steigungsverhältnis:

$$\text{Zu Figur 6 aus der Scheitellinie heraus}$$

$$\frac{0}{4}, \frac{1}{4}, \frac{2}{4}, \frac{1}{4}, \frac{0}{0}$$

Zu Figur 18 aus einer Steigungslinie heraus

$$\frac{2}{4}, \frac{1}{4}, \frac{1}{4}, \frac{2}{4}, \frac{1}{4}, \frac{1}{4}, \frac{1}{4}, \frac{2}{4} \text{ u. s. f.,}$$

Alle Strecken dürfen wieder beliebig und verschieden lang sein.

Anmerkung 13. Sämtliche Figuren der Tafel I und II lassen sich im Sinne der Ausführungen zu Figur 18 nun ebenso von rechts nach links behandeln. Die Zahl der Beispiele verdoppelt sich dadurch. In Tafel I wird dann die Scheitellinie zur Anstoßlinie und hat als solche im Gegensatz zu Anmerkung 1 wieder vollen praktischen Wert.

Anmerkung 14. Es wird schon aufgefassen sein, daß die Endsteigungen stets in der Zahlenreihe der Anfangssteigungen auslaufen. Im Sinne des Schlußsatzes zu Figur 16 ist das wieder ohne jede Bedeutung.

Anmerkung 15. Die laufenden Steigungsverhältnisse zu Fall 1 sind folgende:

		durchg. vend:			
$\frac{2}{4}$	$\frac{1}{4}$	$\frac{1}{4}$	$\frac{2}{4}$	$\frac{1}{4}$	$\frac{2}{4}$
$\frac{4}{4}$	$\frac{3}{4}$	$\frac{1}{4}$	$\frac{3}{4}$	$\frac{4}{4}$	$\frac{4}{4}$
$\frac{6}{4}$	$\frac{5}{4}$	$\frac{3}{4}$	$\frac{1}{4}$	$\frac{3}{4}$	$\frac{5}{4}$
$\frac{8}{4}$	$\frac{7}{4}$	$\frac{5}{4}$	$\frac{3}{4}$	$\frac{1}{4}$	$\frac{3}{4}$
					$\frac{5}{4}$
					$\frac{7}{4}$
					$\frac{8}{4}$
					usw.
Bis zum Scheitelpunkt hin:			Dann beliebig:		
$\frac{2}{4}$	$\frac{1}{4}$	$\frac{1}{2}$	$\frac{2}{2}$		
$\frac{4}{4}$	$\frac{3}{4}$	$\frac{1}{2}$	$\frac{3}{2}$	$\frac{4}{2}$	
$\frac{6}{4}$	$\frac{5}{4}$	$\frac{3}{4}$	$\frac{1}{2}$	$\frac{3}{2}$	$\frac{5}{2}$
$\frac{8}{4}$	$\frac{7}{4}$	$\frac{5}{4}$	$\frac{3}{4}$	$\frac{1}{2}$	$\frac{3}{2}$
					$\frac{7}{2}$
					$\frac{8}{2}$
					usw.

(Schluß folgt.)

Ein wertvolles Buch für Steinmetzen

„Die Steinbearbeitung in ihrer Entwicklung vom 11. bis zum 18. Jahrhundert“ von Karl Friedrich, Dr.-Ing. Münsterbaumeister. Urm. Zu beziehen von Dr. Benno Filser, Verlags-G. m. b. H., Augsburg. Preis gebunden 10 RM.

Der Verfasser schreibt in seiner Vorbemerkung unter anderem folgendes: „In ihrer ursprünglichen Fassung wurde die Arbeit im Frühjahr 1929 von der Architekturabteilung der Technischen Hochschule Friederichiana in Karlsruhe als Dissertation zur Erlangung der Würde des Dr. ing. genehmigt. Sie hat seither noch wesentliche Erweiterungen erfahren.“

Damit ist die Entstehungsurkunde des Wertes kurz angedeutet. Sein äußerer Eindruck: Guter fester Leinwandband, sauberer Druck, Schrift Antiqua, Format 16,5 x 23,3, zirka 100 Seiten Text, 11 Tafeln Steinmetzzeichen, 115 Abbildungen.

So gefällig und sauber wie das äußere des Buches sich darbietet, so anziehend, belehrend und tiefgründig für die Sandsteinbearbeitung ist der Inhalt; er zeugt außerdem von großem Fleiß und ebensolcher Sachkenntnis. Wenn wir nun mit besonderem Nachdruck darauf hinweisen, daß statt dem allgemeinen Titel „Steinbearbeitung“ er richtiger heißen müßte „Sandsteinbearbeitung“, dann bedeutet das kein absprechendes Werturteil, sondern ist eine präzisere Kennzeichnung, die dem Buche durchaus nicht schadet. Zumal sein Inhalt im wesentlichen basiert auf der Steinbearbeitung aus der Frühzeit unserer großen deutschen Dome einschließlich des Straßburger Münsters, zu dessen

ältesten Teilen bereits im 11. Jahrhundert der Grundstein gelegt wurde. Die Vollenbung erfolgte in späteren Jahrhunderten. Im weiteren folgt sich das Buch in der Steinbearbeitungs-Entwicklung ganz folgerichtig auch auf die Entwicklung der Handwerkzeuge der Steinmetzen, und zwar auf solche wie sie nur in der Sandsteinbearbeitung verwendet wurden und wie sie uns heute noch aus der Praxis geläufig sind. Eins läßt sich nicht gut vom anderen trennen; wir meinen der Werkstoff und die Werkzeuge, die zu seiner Bearbeitung benötigt werden. Hartgestein und dessen Bearbeitung war bekanntlich im 12. bis 18. Jahrhundert in Deutschland ziemlich unbekannt, zum mindesten war die Bearbeitung von Granit usw. recht primitiv vorhanden. Fast aller Bauwerkstein war in jener Zeit durchweg Sandstein, auch nicht Marmor oder Kalkstein. Schon deshalb wäre eine präzisere Titelnennung angebracht gewesen.

Das nachstehende Inhaltsverzeichnis zeigt unseren Berufskollegen und Lesern des „Steinbearbeiter“ die Gliederung und Anordnung der Darstellung, um dem Titel des Buches gerecht zu werden:

I. Ueber etliche Methoden und Hilfsmittel für baugeschichtliche Forschungen: 1. Schriftfunden. 2. Bauinschriften. 3. Vergleichende Stilkritik. 4. Technische Einzelheiten. 5. Verletztechnik.

II. Einiges über die Steinmetzzeichen: 1. Erstmaliges Auftreten. 2. Größe. 3. Art und Häufigkeit des Vorkommens. 4. Ursache ihrer Anwendung. 5. Wandlung in der Bedeutung der Zeichen. 6. Weiterzeichen. 7. Verletzzeichen. 8. Form der Steinmetzzeichen. 9. Irrtümer. 10. Wert der Steinmetzzeichen für baugeschichtliche Forschungen.

III. Die Steinbearbeitung: 1. Werkliche Unterlagen. 2. Der Befund am Straßburger Münster. 3. Systematische Uebersicht über die verschiedenen Bearbeitungen. 4. Befund an einzelnen Bauwerken (in etwa 30 Orten). 5. Zusammenfassende Darstellung der Entwicklung. 6. Das Werkzeug. a) Fläche oder Scharriereisen. b) Die Fläche als Steinmetzzeichen. c) Sonstige Flächenbilder an Bauwerken. d) Arbeitsbilder in Miniaturen und auf Tafelgemälden. e) Handwerkerbilder in Druckwerken. f) Neuere Werkzeuge als Flächenersatz. 7. Die Steinbearbeitung, ein Spiegelbild der Baugesinnung. 8. Steinbearbeitung und Restauration. 9. Die Steinbearbeitung als Wertfunde.

Anmerkungen und Literaturhinweise. — Bildverzeichnis. — Bildnachweis.

Ueber die Steinbearbeitung allgemein bestehen in der Fachliteratur tatsächlich große Lücken, wohl sind im einzelnen darüber bereits wertvolle Abhandlungen vorhanden, doch fehlt es an einem alles umfassenden Werk. Auch das vorliegende von Herrn Karl Friedrich, Dr. Ing. Münsterbaumeister in Urm., behandelt nur ein Teilgebiet, wenn dieses Gebiet auch das wichtigste und hervorragendste ist in der Steinbearbeitung vom 11. bis 18. Jahrhundert. In dem noch fehlenden Werk müßte die gesamte Steinbearbeitung, Werkzeuge, Stil, Verbindungen der Meister und Gesellen usw. zur Darstellung kommen. Die Steinbearbeitung in der Vergangenheit, Gegenwart und wohl auch in der Zukunft hat es wegen ihrer großen Bedeutung in der edlen Handwerkskunst und Grund ihrer früheren und jetzigen Leistungen wohl verdient. Das wird, darüber sind wir uns klar, ein kaum erfüllbarer Wunsch bleiben; denn so einfach wie wir es hier mit den paar Worten andeuten, ist diese tatsächliche große Lücke in der Fachliteratur nicht zu schließen, und weil dem so ist, kann man sich vom fachlichen Standpunkt aus gesehen nur freuen, wenn solche sachkundige Teilabhandlungen herauskommen wie die vorliegende von dem Münsterbaumeister in Urm. Er untersucht gründlich mit einer wahren Liebe zum Wert die Steinbearbeitung am Straßburger Münster, ordnet die hier einander ablösenden Erscheinungsformen in 10 Stufen und zeigt durch Stichproben von zahlreichen anderen wichtigen Bauten in Deutschland, wie diese technische Bearbeitung in ihrer Entwicklung wiederkehrt. An Hand von Arbeitsbeobachtungen, Steinmetzzeichen und Arbeitsbildern wird die Frage nach den im Mittelalter hauptsächlich verwendeten Werkzeugen geprüft und ganz richtig festgestellt, daß sich die Baugesinnung jeder Zeit auch in ihrer Bearbeitung ausdrückt. Wir hätten natürlich gern gesehen, wenn bei der Baugesinnungsänderung auch die dies mit veranlassenden wirtschaftlichen Ursachen kurz mit behandelt worden wären, das wäre über den gedachten ideellen Rahmen der Schrift nicht hinausgegangen, hätte dem Buche schließlich noch eine größere Bedeutung gegeben. Für baugeschichtliche Forschungen wird abschließend vom Verfasser die Bedeutung der Steinbearbeitung besonders hervorgehoben und zum Beweis dafür über deren Nichtbeachtung anlässlich früherer Reparaturen und Instandsetzungsarbeiten bei verschiedenen alten Bauwerken berichtet.

Unter den vorzüglich gelungenen Arbeitsbildern, die einen arbeitenden Steinmetz mit seinem unterschiedlichen Handwerkzeug bei den wichtigsten, den Stein formenden Arbeitshandlungen darstellen, befindet sich auch ein Bild (Nr. 9), welches die grundlegendste Arbeit eines Steinmetzen zeigt, nämlich: Das Erziehen der Fläche. Dies Bild trägt aber die Unterschrift: „Das Versehen der Schläge“. Diese Unterschrift ist mehr wie ein falscher Jungenschlag, sie ist auch begrifflich falsch; denn „versehen“ ist das gerade Gegenteil von „erziehen“. Auch in einem älteren Werk des bekannten Steinmetzmeisters Alb. Burer (Maulbronn) „Der Steinhauer an der Arbeit“ findet sich derselbe begrifflich und sachlich falsche Ausdruck für die außerordentlich wichtige Arbeitshandlung eines Steinmetzen. Es erschien uns durchaus angebracht, auf das Vorstehende hinzuweisen.

Die Darstellung über Ursprung und Bedeutung der Steinmetzzeichen ist recht überzeugend und klar. Unsere Leser wissen zum Teil, wie viel Geheimnisvoll-unfassendes schon über diese Handwerkzeuge der alten Steinmetzen geschrieben wurde.

Im ganzen betrachtet, ein sehr empfehlenswertes Buch, das eigentlich in die Hand jedes Steinmetzen gehört, der Freude an seinem Beruf hat. Ja, das Buch erweckt und vertieft diese Freude! Gewiß sind 10 Mark viel Geld für den einzelnen Kollegen, besonders in der heutigen Zeit des „Stempelgehens“. Doch wenn man die Aufmachung des Buches und die darin konzentrierte jahrelange Arbeit, ihre Mühe und Fleiß nicht unbeachtet läßt, dann ist der Preis nicht zu hoch. Unsere Redaktion wünscht der Schrift weiteste Verbreitung in Kollegenkreisen. Jeder Kollege wird es mit fachlichem Gewinn aus der Hand legen und sagen: Das Buch hat jemand verfaßt, der die Arbeit der Steinmetzen in der Sandsteinbearbeitung nicht nur praktisch kennt, sondern sie zu schätzen weiß als traditionelle Handwerkskunst. Die vielen, aber stimmten Zeugen alter Bauwerke in Deutschland, die mehrere Jahrhunderte überdauern, sind jedem, der es sehen will, Beweis genug. Ein solches Handwerk kann wohl infolge von Baugesinnungsänderung eine gewisse Zeit stagnieren, aber niemals untergehen.

Fachliche Notizen

Steinzeit-Siedlung an der Libyschen Wüste. Ein wichtiger archäologischer Fund ist der gemeinsamen Expedition der Wiener Akademie der Wissenschaften und des Stockholmer Ägypten-Museums gelungen, die zur Zeit in Beni Salaam, am Rande der Libyschen Wüste, Ausgrabungen vornimmt. Es wurde eine außerordentlich ausgedehnte Niederlassung aus der jüngeren Steinzeit aufgedeckt, die einen stadähnlichen Charakter besitzt und ganz neue Aufschlüsse über das Kulturgebiet Ägyptens gewährt. Der Entdeckung wird in wissenschaftlichen Kreisen große Bedeutung beigemessen.